# Lübecker Volksbote

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung**

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8. Sonnabend, den 10. Januar 1920. 27. Jahrg.


## Die Ueberwindung des Bolschewismus.

Von August Winnig.

Die Welt steht dem Phänomen des Bolschewismus heute ratloser denn je gegenüber. Schon vor 1½ Jahren prophezeite man vom nahen Ende der Herrlichkeit der Sowjetrepublik, bewies mit scharfer Logik, daß garnichts anderes als der baldige Sturz erfolgen könne, und noch immer sitzen Lenin und Trotzki fest im Sattel. Von außen betrachtet, war ihre Lage niemals gesicherter als heute. Man hat Millionenheere im Süden und Osten gegen sie aufgeboten, und der Bolschewismus hat sich ihrer Anstürme erwehrt. Nicht die Sowjetrepublik, sondern diese großen Heere sind aufgelöst und aufgerieben. Rein militärisch betrachtet, ist diese Leistung der Sowjetrepublik bewundernswürdig. Sie hat sich in einem desorganisierten Lande mit einem zerrütteten Verkehrswesen in der Roten Armee eine Macht geschaffen, mit der es ihr möglich war, allen Gefahren zu trotzen. Das ist vielleicht mehr, als die Sowjetmänner selbst erwartet haben. Andererseits sind ihre militärischen und propagandistischen Versuche, ihren Herrschaftsbereich auszudehnen und den Bolschewismus nach dem Westen zu tragen, bis heute gescheitert, und man darf annehmen, daß sie endgültig gescheitert sind. Der bevorstehende Friedensschluß mit Estland spricht dafür, daß die Sowjetrepublik ihre Expansionsbestrebungen wenigstens nach dieser Richtung hin aufgegeben hat.

Der Bolschewismus gibt uns Rätsel auf, die wir mit unseren überlieferten Theorien und Erfahrungsgrundsätzen nicht zu lösen vermögen. Wir müssen uns zu der Auffassung bequemen, daß hier ein Phänomen vorhanden ist, für das das geschichtliche Beispiel noch fehlt und das daher in seiner Entwicklung seine eigenen Wege gehen wird.

Das Verhalten der Entente zur Sowjetrepublik war zwar nie von Widersprüchen frei, gleichwohl entspringt ihre jetzige Passivität sicherlich der Erkenntnis, daß auch ihr zu einer militärischen Ueberwindung des Bolschewismus die Kraft fehlt. Rein rechnerisch hätte sie selbstverständlich die Kraft. Aber ihr Aufgebot würde leichtlich Gefahren heraufbeschwören, vor denen ihr denn doch graut. Es kommt hinzu, daß England sowohl wie Frankreich nicht gern auf die Bedrohung verzichten möchten, die der Bolschewismus für Deutschland als für seinen nächsten größeren Nachbarn bildet. Jedenfalls müssen wir der Sowjetrepublik, wenn ihr Ende allein von den militärischen Machtmitteln der Entente zu erwarten wäre, eine noch nicht absehbare Lebensdauer zusprechen. Englands Stellung zu dieser Frage wird neuerdings wieder mehr als früher durch die Furcht vor der deutschen industriellen Konkurrenz bestimmt. Englands Wirtschaftsagenten, die in den letzten Monaten Deutschland bereisten, haben mit einigem Erstaunen und Schrecken festgestellt, daß in Deutschland das Kilo Werkzeugstahl noch für 6,70 Mark hergestellt wird, während es nach ihrer eigenen Angabe in Sheffield auf 10½ Schilling zu stehen kommt. Die Schlußfolgerung, die die englischen Agenten daraus zogen, war die, daß Deutschland zu weiteren Lohnerhöhungen gezwungen werden müßte. Daß England unter solchen Umständen die bolschewistische Propaganda in Deutschland nicht gerade ungern am Werke sieht, ist leicht zu begreifen.

Ich glaube, die Welt muß sich daran gewöhnen, daß die Sowjetrepublik einstweilen noch eine veritable Größe bildet. Man kommt dem Phänomen des Bolschewismus am ehesten auf den Grund, wenn man sich noch einmal die Tatsachen ins Gedächtnis ruft, die ihn haben entstehen lassen. Die russische Märzrevolution war der Bankerott nicht nur des russischen politischen Systems, sondern auch der russischen Wirtschaft, — Wirtschaft hier als industrielle Produktion und Warenverkehr genommen. Die dadurch gebotene Schlußfolgerung, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, wurde in der sechsmonatigen Aera Kerenski nicht gezogen. Die Regierung Kerenski ließ sich vielmehr von der Entente zu dem Versuche verleiten, noch einmal alle Kräfte zur Steigerung der militärischen Aktion zusammenzufassen. Die Folge war die weitere Atomisierung, d. h. der völlige Bankrott der russischen Wirtschaft.

**Der Bolschewismus ist die politische Ausdrucksform des Staatsbankrotts,** wobei wir nicht an die historische Form des Staatsbankrotts denken dürfen, bei der die Staatskasse nicht in der Lage war, die erforderlichen Zahlungsmittel aufzubringen, sondern an ein Versagen sowohl der staatlichen Verwaltung wie auch der Warenherstellung und des Warenverkehrs. Der Bolschewismus ist kein wissenschaftliches System, ob seine Wortführer es auch in dickleibigen Schriften nachzuweisen sich bemühen. Er war hier nichts anderes als der von primitiven Kräften unternommene Versuch, sich und das Land aus dem völligen Zusammenbruch zu retten.

Die von der Sowjetregierung dekretierten wirtschaftlichen Maßnahmen lassen sich nach Art und Zeit in zwei Gruppen teilen. Die zeitlich ersten Maßnahmen bezweckten die völlige Auflösung der Reste der alten zusammengebrochenen Wirtschaft. Die Wirtschaft wurde atomisiert: die rohen Trümmerblöcke zu kleinsten Teilen zerschlagen und geebnet. Diese Periode ist gekennzeichnet durch Enteignung, Zerstörung, Hunger und blutigen Terror. Die geistige Verfassung der Sowjets in dieser ersten Periode war völlige Verzweiflung an der Möglichkeit, in Rußland aus eigener Kraft wieder einen wirtschaftlichen Organismus zu schaffen. Aus dieser Verzweiflung ergab sich der mit militärischen Machtmitteln betriebene Expansionsdrang: man wollte die ganze Welt in den Strudel hineinziehen, die ganze Weltwirtschaft atomisieren, weil man nur auf diesem Wege zum Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung zu kommen hoffte.

Schon bald begannen die Versuche, eine neue wirtschaftliche Ordnung herzustellen. Schon die ersten Monate der Sowjetherrschaft zeitigten Versuche zu solchen Neubildungen, die aber zunächst nicht gelingen konnten. Der Druck von außen ließ jedoch keine Zeit. Der der Sowjetrepublik aufgezwungene Kriegszustand forderte gebieterisch kriegswirtschaftliche Organisation, um die Heere zu bewaffnen und zu verpflegen. Etwa um die Mitte des verflossenen Jahres hatten diese Versuche zur Neuorganisation eines lebensfähigen Wirtschaftskörpers zu tatsächlichen und Dauer versprechenden Ergebnissen geführt. Die Entwicklung hat sich seitdem in dieser Richtung fortbewegt. Was sich heute in Rußland vollzieht, ist der Aufbau eines neuen wirtschaftlichen Organismus. Noch wissen wir nicht, wie dieser Organismus beschaffen ist. Ob er allen Ansichten der Sozialtheoretiker zum Trotz eine nach sozialistischen Grundsätzen organisierte Gesellschaft darstellt, oder ob er nur eine Rekonstruktion und Modernisierung der alten kapitalistischen Gesellschaft unter sozialistischer Diktatur bedeutet, läßt sich heute, bei unserer mangelhaften Kenntnis vom wirklichen inneren Leben Rußlands nicht feststellen. Sicherlich aber ist die Tatsache an sich, daß sich in Rußland ein neuer lebens- und entwicklungsfähiger Organismus gebildet hat, politisch von größter Bedeutung. **Von dem Zeitpunkt an, wo sich in Rußland ein neues Wirtschaftsleben herausbildet, muß sich die Volksenergie logischerweise nach innen kehren,** d. h. ihre Aufgabe in der Entwicklung und Vervollständigung des Neuaufbaues sehen. Von diesem Zeitpunkt an **hört der Bolschewismus auf, militärisch expansive Tendenzen zu verfolgen,** — und damit hört er auf, für seine Nachbarn eine unmittelbare militärisch-politische Gefahr zu sein.

Ueberflüssig zu sagen, daß wir eine solche Entwicklung nur begrüßen können. Wir haben ja auch nie auf dem Standpunkt gestanden, daß es deutsche Aufgabe sei, in Rußland den Bolschewismus auszurotten; unsere Maßnahmen beschränkten sich immer auf die Abwehr des im Dienste der Expansionsbestrebungen stehenden Sowjetheeres. Weltpolitische betrachtet, ist es nun erst recht das Klügste, den Russen selbst die Ordnung ihrer Angelegenheiten zu überlassen und den Wiederaufbau einer Staats- und Wirtschaftsordnung durch keinerlei Störungen von der Peripherie her zu beeinträchtigen. Ob das wiedergeordnete Rußland unter der Diktatur der Lenin und Trotzki bleibt oder sich in einen demokratischen Verfassungsstaat zurückverwandelt, ist sachlich unerheblich. Heute, wo alle Völker um den ökonomischen Unterbau ihrer Lebensordnung kämpfen, erkennt man deutlicher als sonst, daß der politische Ueberbau eine untergeordnete Formfrage ist. Soweit wir die Ereignisse in Rußland von hier aus verfolgen und deuten können, sind wir zu der Annahme berechtigt, daß die Ueberwindung des Bolschewismus weder durch Attentate im Innern, noch durch militärische Anstürme von außen erfolgen kann, sondern daß sie das Ergebnis der eigenen, aus dem Selbsterhaltungstrieb geborenen Bemühungen des russischen Volkes sein wird.

## Friedensschluß.

Endlich soll der Schlußstrich unter dem Versailler Friedensvertrag gesetzt werden. Wie uns aus Paris gemeldet wird, findet Sonnabend nachmittag 4 Uhr im Ministerium des Aeußern die Zeremonie der Unterzeichnung des Protokolls statt, durch das der Waffenstillstand beendet wird, sowie der Austausch der Ratifikationen, durch die der endgültige Friedenszustand zwischen den Alliierten und Deutschland hergestellt wird. Die Vertreter der fünf Mächte werden sich vorher versammeln, die Herren Lersner und Simson werden darauf zur Unterzeichnung des Protokolls vom 1. November 1919 eingeladen werden. Clemenceau wird sodann ein Schreiben überreichen, durch das die Alliierten sich verpflichten, **die Ziffer des für die Zerstörung der Flotte in Scapa Flow verlangten Materials** herabzusetzen. Alle Mächte werden durch je einen Delegierten vertreten sein. Ueber die Niederlegung der Ratifikationen wird sodann ein Protokoll aufgestellt werden, das die Bevollmächtigten unterzeichnen werden. Dieser Austausch der Ratifikationen wird die **unverzügliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen** zwischen den Alliierten und Deutschland zum Ergebnis haben. Am Tage nach dem Austausch der Ratifikationen wird Herr v. Marcilly als französischer Geschäftsträger Paris verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Eine andere Folge wird die sofortige Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen sein.

Wie die „P. P. N." an unterrichteter Stelle erfahren, entbehrt die von der „Agence Havas" verbreitete Meldung, wonach Freiherr v. Lersner in den nächsten Tagen sein Beglaubigungsschreiben als deutscher Geschäftsträger in Paris dem Präsidenten der Republik unterbreiten werde, jeder Grundlage. Ueber die Besetzung des Pariser Geschäftsträgerpostens ist noch keinerlei Entscheidung gefallen. Damit fallen auch die an die „Havas"-Meldung von der „Vossischen Zeitung" und anderen Blättern geknüpften kritischen Bemerkungen gegen die Reichsregierung in sich zusammen.

## Die Auslieferungsliste.

Die „Daily Mail" teilt mit, in diplomatischen Kreisen verlaute, daß die Liste der für schuldig befundenen Deutschen beträchtlich verkleinert wurde. Von 1200 Namen, die zuerst auf der Liste gestanden hätten, seien nur 300 übrig geblieben, darunter der frühere deutsche Kronprinz und Prinz Rupprecht von Bayern.

Donnerstag hat sich eine neue, aus zahlreichen Beamten und Sachverständigen des Auswärtigen Amtes bestehende Kommission von Berlin nach Paris begeben. Die offiziösen Stellen bewahren über den Zweck der Kommission noch Stillschweigen, doch wollen verschiedene Blätter wissen, daß die Abreise der Kommission mit neuen Verhandlungen über die Auslieferungsfrage im Zusammenhang stehe.

„Etoile Belge" meldet, daß Sir Gordon Hewart, der sich in Paris befindet, beauftragt wurde, das an die Niederlande zu richtende formelle Ersuchen um Auslieferung des Exkaisers fertigzustellen.

## Uebertriebene Einquartierungsforderungen der Entente.

Wie bereits mitgeteilt, ist in einer deutschen Note an den Obersten Rat in Paris das Ersuchen gerichtet worden, die Ententebesatzungen in den Abstimmungsgebieten mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage in jenen Gebieten nach Möglichkeit einzuschränken und sie auf die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unerläßliche Zahl zu bemessen.

Dieses Ersuchen hat, wie die „P. P. N." erfahren, bedauerlicherweise nur teilweise Berücksichtigung gefunden. Wie ungeheuer schwer die Lasten sind, die der Bevölkerung in den Abstimmungsbezirken seitens der Entente auferlegt werden sollen, erhellt aus der Tatsache, daß zur Unterbringung des Verwaltungsausschusses der Entente allein in der Stadt Allenstein siebzig Zimmer und zwei Kasinos beansprucht werden, außerdem noch das Regierungsgebäude, die Dienstwohnung des Regierungspräsidenten und 29 Räume für Bureauzwecke. Diese Forderungen sind bei der in Allenstein herrschenden Wohnungsnot unerfüllbar, zumal als ja noch Unterkunftsräume für die militärische Einquartierung beschafft werden müssen. Ebenso ungeheuerlich wie die Belastung der Stadt Allenstein ist diejenige der Stadt Marienwerder in Westpreußen. Dort werden für den Stab des Verwaltungsausschusses 60 Zimmer für Wohnzwecke und zwei Kasinos, ferner 28 Räume für Bureauzwecke sowie für Garagen beansprucht, ebenso werden die Dienstwohnungen des Regierungspräsidenten und das Regierungsgebäude in Anspruch genommen. In jedes Landratsamt soll eine militärische Einquartierung von zwei Offizieren und sechs Mann gelegt werden.

Das mindeste, das von der Entente verlangt werden muß, ist dies, daß sie ihre Verwaltungskommissionen mit den übermäßig zahlreichen Stäben nicht an den Regierungssitzen Allenstein und Marienwerder konzentriert, sondern auf mehrere Städte verteilt.

## Italiens Schadenersatz-Ansprüche.

Der „Secolo" meldet aus Rom, daß die einstweiligen Schadenersatzforderungen an die früheren Mittelmächte auf 9½ Milliarden Lire festgesetzt wurden, wovon allein 3½ Milliarden auf die 82 Luftangriffe auf italienische Städte entfallen.

## Bitte um Besetzung des Klagenfurter Beckens.

Römischen Meldungen zufolge hat sich der Landtag von Kärnten an die italienische Regierung mit der Bitte gewandt, das Becken von Klagenfurt zu besetzen, damit die Gefahr eines südslawischen Einfalles vermieden werde.

## Die deutschen „Barbaren" können verhungern.

**Das erste deutsche Schiff in London.**

Aus London meldet „Reuters Bureau": Das erste mit deutscher Bemannung versehene deutsche Schiff, „Edwin Fischer", das seit Beginn des Krieges hier anlegte, ist Freitag in Cardiff eingetroffen, um Cornedbeaf für Deutschland zu laden. Die Dockarbeiter haben sich jedoch geweigert, das Schiff zu laden, und erklärten, wenn überflüssige Lebensmittel vorhanden seien, so könnten sie in England verteilt werden.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Abgewiesen!**

Zu dem Liebeswerben des Herrn v. Graefe-Goldebee um die Deutsche Volkspartei, die er mit den Deutschnationalen ver-

schmelzen möchte, bemerkten wir, daß die Schwerindustrie ihre wirtschaftlichen Interessen viel zu genau kenne, um sich für nationale Schlagworte einer Partei unterzuordnen, die im wesentlichen die Interessen des agrarischen Großgrundbesitzes vertritt.

Diese Auffassung bestätigt sich. Die parteioffiziöse „Nationalliberale Korrenspondenz" winkt Herrn v. Graefe höflich, aber deutlich ab. Für sie sind es zwar die Gedanken der liberalen Weltanschauung, die in der Deutschen Volkspartei leben und weben und sich mit der wesentlich konservativen Grundanschauung der Deutschnationalen Partei nicht vertragen; aber diese Weltanschauungsbedenken sind nur die Kulissen, hinter denen sich gewichtige materielle Interessen verbergen. Die „Nationalliberale Korrenspondenz" spürt sehr wohl den wunden Punkt der Verschmelzung, auf den auch wir hinwiesen; solange es nur gelte, gegen die verhaßte Demokratie und den noch verhaßteren Sozialismus zu kämpfen, würde es trotz aller Wesensverschiedenheit leidlich gehen, darüber hinaus aber auf keinen Fall.

Mit dieser Absage an die Deutschnationalen steht es nicht im Widerspruch, wenn die „Nationalliberale Korrespondenz" gleichzeitig jedes Zusammengehen mit den Deutsch-Demokraten für unmöglich erklärt, so lange diese Partei ihren jetzigen Kurs beibehalte. Hier ist zwar das materielle Bindeglied vorhanden, die gemeinsame liberale Wirtschaftsauffassung (trotz allen Unterschieden im einzelnen), aber die Schwerindustrie kann die Demokratie nicht vertragen; dafür ist in ihrem Bereich der zahlenmäßige Unterschied zwischen Unternehmerklasse und Arbeiterklasse für das Unternehmertum zu erdrückend geworden. So bleibt naturgemäß der Partei der Schlotbarone einstweilen nichts weiter übrig, als vorläufig ihren eigenen Kurs zu steuern, wenn sie auch nur geringe Mitläuferschaft findet.

### Gegen wen?

Die „Freiheit" veröffentlicht in ihrer Freitagmorgen-Ausgabe ein vertrauliches Rundschreiben der Metallindustriellen vom 23. Dezember 1919, in dem für den Fall der Verabschiedung des Betriebsräte-Gesetzes die Stillegung sämtlicher Betriebe als Abwehrmittel erwogen wird. Der Plan ist äußerst verwerflich, zeigt aber jedenfalls deutlich, mit welchen Gefühlen das Unternehmertum dem Betriebsräte-Gesetz gegenübersteht. Trotzdem schreibt dieselbe „Freiheit" zwölf Stunden darauf in ihrer Abend-Ausgabe, daß das Betriebsräte-Gesetz nur dafür sorgen helfe, daß die Herren im Gewerbe Alleinherrscher im Betriebe bleiben. Wahrscheinlich ist das der Grund, aus dem die Unternehmer ihre Betriebe bei Annahme des Gesetzes stillegen wollen! Gleichzeitig agitieren die Radikalen dafür, die Annahme des Betriebsräte-Gesetzes mit einem Generalstreik zu beantworten. Verrückte Welt! Krupp, Borsig, Siemens, Stinnes und — Spartakus Arm in Arm! Beide wollen die Annahme des Betriebsräte-Gesetzes mit der Stillegung der Betriebe beantworten.

### Beträchtliche Erhöhung der Kohlensteuer.

Wie die „Vossische Zeitung" hört, schweben gegenwärtig Verhandlungen über eine Erhöhung der Kohlensteuer. Sie betrug bisher, laut Gesetz vom 8. April 1917, 20 vom Hundert ihres Ertrages. Ihr Ertrag ist infolge der Steigerung der Kohlenpreise jetzt auf 1½ Milliarden Mark zu veranschlagen. Die Erhöhung, die nunmehr in Aussicht genommen ist, soll sehr beträchtlich sein. Man hat einen Ertrag von vier Milliarden Mark im Auge, ferner die Festsetzung dieser Erhöhung für einstweilen nur auf ein Jahr.

### Ruhrbergbau und Betriebsrätegesetz.

Die Nachricht der „Freiheit", daß die technischen Angestellten des Ruhrbergbaues für den Tag der dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes einen Proteststreik beschlossen haben, trifft, wie die „P. P. N." aus Essen erfahren, nicht zu.

### Ankündigung des Generalstreiks für Deutschland.

Wie die „Leipziger Volkszeitung" erfährt, wurde in einer Versammlung der Leipziger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre mitgeteilt, daß über ganz Deutschland der Generalstreik erklärt werden soll, wenn das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung angenommen werden sollte.

### Die U. S. P. D. gegen das Frauenwahlrecht.

Man weiß zuweilen nicht, über was man sich mehr wundern soll: über die unverschämte Frechheit oder über die grenzenlose Heuchelei der „Unabhängigen". Seit ihrem Austritt aus der Regierung sind sie Tag und Nacht nicht müde geworden, unsere Genossen „Verräter am Proletariat" und „Henker der Revolution" zu schimpfen, die eine Errungenschaft nach der anderen angeblich an die Bourgeoisie verschachern. Im Gegensatz dazu stellen sie sich als die einzig wahren und unerschrockenen Kämpfer für Freiheit und Recht hin. Wie sie die Freiheit verstehen, ist hinreichend bekannt. Sobald der Volkswille gegen sie entscheidet, ist es vorbei mit allen Grundsätzen, dann tritt der nackte und brutale Parteiegoismus zutage, der nur den einen Grundsatz kennt: „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein."

Für die Richtigkeit dieser neuen Behauptung bringt die „Freiheit" in ihrer Morgenausgabe vom 9. einen neuen Beweis. Die erste Tat der Revolutionsregierung war die Proklamation für das gleiche Recht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts. Da sich auch die „Unabhängigen" als „Sozialdemokraten" fühlen, so haben auch sie in ihr Parteiprogramm die Forderung nach staatsrechtlicher Gleichstellung für beide Geschlechter aufgenommen. Wie sie sich aber die Durchführung dieser Programmforderung denken, dafür mag folgende Notiz aus der oben genannten Nummer des Berliner Zentralorgans der U. S. P. D. Zeugnis ablegen:

#### Die Rückständigkeit der Frauen.

Bei der Wahl eines Oberbürgermeisters in Eisenach entfielen bei der Abstimmung auf den Kandidaten der „Unabhängigen" Sozialdemokratie, den Genossen Fleißner-Dresden, 3545 Stimmen von männlichen Wählern und 3776 von weiblichen Wählern. Der bürgerliche Kandidat erhielt nur 3763 männliche, aber 5377 weibliche Stimmen. Die Wahl des bürgerlichen Kandidaten erfolgte also durch die Stimmabgabe der Frauen. Diese Lehre, die alte Erfahrungen bestätigt, sollte dringend beachtet werden.

Höher geht's nimmer. Das ist wahrhaftig der Gipfel der Heuchelei. Diese Leute, die kalten Blutes bereit sind, die vornehmste Errungenschaft der Revolution zu opfern, wenn sie zu ihren Ungunsten ausschlägt, preisen sich mit marktschreierischer Reklame als die wahren Hüter der Freiheit an. Wir bewundern nur die Lammsgeduld der Arbeiter, die sich diesen Prizipienverrat ihres Leib- und Magenblattes gefallen lassen. Aber es wird der Tag kommen, an dem auch dem rückständigsten Arbeiter die Schuppen von den Augen fallen, und wo er erkennen wird, daß die „Unabhängigen" auf alle freiheitlichen Errungenschaften pfeifen, wenn es darauf ankommt, ihre Macht zu festigen oder zu behaupten.

### Die Kriegsgewinnsteuer.

Die „Konfiskation der Vermögen" durch die Kriegsgewinnsteuer wird nicht so schlimm werden, wie es erst den Anschein hatte. Eigentlich soll ja der Vermögenszuwachs vom 1. Januar 1914 bis zum 30. Juni 1919 ganz fortgesteuert werden, soweit er 172 000 Mark übersteigt. Aber was eigentlich sein soll, wird nie wirklich werden. Denn bei der Zahlung der Abgabe wird selbstgezeichnete Kriegsanleihe zum Nennwert angerechnet, während sie bei der Bewertung des Vermögenszuwachses zu nur 77 Prozent anzusetzen ist. Wer also vor dem Kriege nichts besaß, am 30. Juni 1919 aber 10 Millionen Mark Kriegsanleihe, wird zu 7 700 000 Mark Vermögenszuwachs veranlagt werden und eine Abgabe von 7 700 000 Mark — 172 000 Mark = 7 528 000 Mark zu leisten haben. Gibt er dafür 7 528 000 Mark Kriegsanleihe her, so verbleiben ihm immerhin noch 2 472 000 Mark Kriegsanleihe, die bei einem Kurs von 77 Prozent einen Wert von 1 903 440 Mark darstellen. Wenn man also nach Fälligkeit der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs einem Millionär begegnen wird, der vor dem Kriege nichts besaß, so kann er ein Steuerbetrüger sein; er muß es aber nicht sein.

### Der Verräter.

Wie oft wurde nicht während des Krieges die „Nibelungentreue" gerühmt. Die beiden Monarchen Wilhelm der Zweite und Karl der Erste wurden in allen Tönen als das Symbol derselben gefeiert. Wie oft haben diese beiden „erlauchten" Herrscher nicht in gegenseitigen Telegrammen einander ihre Treue gelobt. Wehe dem, der auch nur den leisesten Zweifel an der Unerschütterlichkeit der Nibelungentreue zu hegen sich erdreistete! Sofort fiel die ganze Meute der deutschen und der K. und K.-Reaktionäre und Hofschranzen über den Armen her. Wie man heute in diesen Kreisen über den verflossenen Kaiser Karl urteilt, zeigt folgende kleine Notiz im „Berliner Lokalanzeiger". Dort heißt es:

Der Verräterbrief Kaiser Karls vom 14. März 1917 an den Prinzen Sixtus von Parma wird im heutigen „Abend" dem bestinformierten Spätabendblatt Berlins, das täglich kurz nach 5 Uhr im Straßenhandel für 15 Pfg. zu haben ist, im Faksimili veröffentlicht."

So sieht der Patriotismus der „Kaisertreuen" aus. Während des Krieges machte man Geschäfte mit hurrapatriotischen Schilderungen über die Frontreisen und den Fall Kaiser Karls in den Isonzo, und heute macht man Geschäfte mit dem Verräterbrief des Mannes, dessen Treue man vor Tische nicht genug rühmen konnte.

### Eine Mahnung an die U. S. P. D.

Von ihrem Wiener Berichterstatter erhält die Berliner „Freiheit" drei Leitartikel über das Blutregiment der ungarischen Machthaber. In diesen Artikeln werden die furchtbaren Einzelheiten über die Ermordung ungarischer Sozialdemokraten und die Massakers an Tausenden unschuldiger Proletarier geschildert. Wir hören, wie in Keskemet über hundert Leute teils aus ihren Wohnungen, teils aus dem Gefängnis abgeführt und ermordet wurden, wie die Gefangenen ihre Gräber selbst graben mußten und die Offiziere Champagnerwetten eingingen, wer einen Unglücklichen durch das Auge erschießen könne. Selbstmorde in den Gefängnissen, wo die Gefangenen gefoltert werden, seien an der Tagesordnung, Gefängnissen, in denen bis zu 1500 Märtyrer den entsetzlichsten Qualen und den rohesten Verfolgungen preisgegeben sind. Die Artikelserie schließt mit den Worten:

„Ein großer Kerker und eine blutige Wahlstatt: das ist heute für das Proletariat und für alle, die mit Sympathie und Tat den Kampf der Arbeiter unterstützt haben, das „christliche" Ungarn. Diese Tatsachen, die nur einen kleinen Auszug des erdrückenden blutigen Materials darstellen, das der Henkergroßbetrieb von Ungarn tagtäglich produziert, sind ein Hilferuf, das „S. O. S." der sinkenden Schiffe, an die Kraft des Proletariats und an das Gewissen der Menschheit und eine Mahnung an das Proletariat, was seiner harrt, wenn es die Macht ergreift, ohne sie behalten zu können."

Die Mahnung, die in diesem letzten Satz an das Proletariat enthalten ist, sollten vor allen Dingen die „Freiheit" und die „Unabhängigen" beachten, die, wenn ihre Diktaturpläne jemals in Erfüllung gehen sollten, aus Deutschland unfehlbar ein zweites Ungarn machen würden.

### Die Eisenbahnerstreiks.

Bei den Eisenbahnerstreiks handelt es sich überall um wilde und regellose Streiks. Diese Streiks sind sinnlos. Sie richten sich in der Hauptsache sogar gegen die Arbeiter der anderen Industrien; denn sie führen Stockungen im Verkehr herbei, die zu Störungen in der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und Kohlen führen müssen. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit in der Industrie vermehrt, und es entsteht die Gefahr, daß die Arbeiter der anderen Industrien durch die Streiks der Eisenbahnarbeiter um ihr tägliches Brot gebracht werden.

Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß die Allgemeinheit die Kosten dieser Streiks trägt, sondern es muß an den alten gewerkschaftlichen Grundsätzen festgehalten werden, daß Streiklöhne unter keinen Umständen gezahlt werden. Der Streik schädigt also auch die Eisenbahnarbeiter selbst, denn sie führen ja die Streiks, um ihr Einkommen zu verbessern; sie schädigen sich aber, indem sie sich um den Lohn der Streiktage bringen.

Und sinnlos sind die Streiks ganz besonders deshalb, weil die Eisenbahnverwaltung nie die finanzielle Notlage ihrer Arbeiter und Beamten verkannt hat, von vornherein sogar zum Ausbruch brachte, daß sie gewillt ist, das Lohneinkommen zu verbessern. Die bisherigen Tarifverhandlungen haben ja auch bereits ergeben, daß die Löhne eine sehr erhebliche Aufbesserung erfahren werden, sodaß die Arbeiter mit den Streiks geradezu offene Türen einrennen, indem sie das erzwingen wollen, was ihnen durch die Verhandlungen ohne weiteres gegeben wird.

Der Werbeausschuß der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins veröffentlicht im „Vorwärts" einen Aufruf an alle Eisenbahner, in dem es heißt: „Die gewissenlose Hetze zum Streik, die unter der Flagge der Wirtschaftspolitik getrieben wird, ist weiter nichts als eine politische Maßnahme. Sie soll der Einführung des Rätesystems nach kommunistischem Muster auf der Eisenbahn die Wege ebnen. Ein Verkehrsstreik im jetzigen Augenblick wäre eine Unverantwortlichkeit, ein Verbrechen am ganzen Volke. Eisenbahner, bewahrt kaltes Blut! Zeigt, daß Ihr Euch der Tatsache bewußt seid, daß Ihr am Wiederaufbau des niedergebrochenen Wirtschaftslebens den tätigsten Anteil nehmen wollt! Laßt die gewissenlosen Hetzer nicht triumphieren, um so weniger, als die Vorschüsse auf die noch in der Beratung befindlichen Tarife schon jetzt gezahlt werden." — Diese zur Vernunft mahnenden Worte verdienen, allseitig in Eisenbahnerkreisen beachtet und beherzigt zu werden.

Die Eisenbahnarbeiter in Braunschweig stehen gegen den Willen ihrer Führer einem neuen Eisenbahnerstreik ablehnend gegenüber. Sie sind durch Erfahrung klug geworden.

### Truppentransporte nach Leipzig.

Wie die „Leipziger Volkszeitung" erfährt, sind Truppentransporte nach Leipzig in Aussicht genommen. In der Nacht von Sonntag auf Montag sollen mehrere Leipziger Schulen mit Militär belegt werden. Das „unabhängige" Blatt bringt diese Truppenbewegung mit den großen Protestversammlungen der Leipziger Arbeiterschaft, die am Montag stattfinden sollen, in Verbindung.

### Kleine politische Nachrichten.

Zu den Pressemeldungen über die Vorgänge auf dem Schießplatz und Truppenübungsplatz Jüterbog — es handelt sich um Entwendung und Verschleppung von Heeresgut im Werte von Millionen — erfahren die „P. P. N." an zuständiger Stelle, daß die Untersuchung des Falles seitens des Reichswehrministeriums sofort nach Erscheinen der ersten Nachricht in der „Vossischen Zeitung" eingeleitet worden ist.

Der Abtransport der Baltikumtruppen aus Ostpreußen ist beendet. Der Stab des 6. Reservekorps wurde aufgelöst.

Die von einer Berliner Korrespondenz verbreitete Nachricht, daß der Vertreter der tschecho-slowakischen Republik in Berlin, Dr. Körner, auf sein Amt verzichtet habe, trifft, wie die „P. P. N." von unterrichteter Seite erfahren, nicht zu.

Wegen einer Erhöhung der Kolleggelder, die ohne vorherige Ankündigung erfolgte, ist gestern die ganze Studentenschaft der Universität Halle in den Ausstand getreten.

Der bayerische Eisenbahnverkehr wird vom 13. Januar an vollständig eingestellt, da wegen des Eisenbahnerstreiks der Antransport von Kohlen unmöglich ist.

Die Wahl des neuen Erzbischofs von Köln durch das Metropolitankapitel wird am 11. Januar erfolgen.

Der russische Kommandant von Odessa bereitet sich auf eine hartnäckige Verteidigung der Stadt vor, wobei er von der gesamten Zivilbevölkerung unterstützt werden soll, falls die Bolschewisten weiter vorrücken.

Ein englisches Flugzeuggeschwader ist von Kairo auf eine Strafexpedition gegen die Dinkastämme entsandt worden, weil sie eine britische Truppenabteilung in der Nähe von Tombe in der Provinz Mongalla in den Regionen des oberen Nils überfallen haben. Die Allab, ein Dinkastamm, haben sich kürzlich gegen die Briten erhoben und eine britische Strafexpedition angegriffen, bei der zwei Majore getötet wurden.

## Italien.

### Keine Zeitungen am Sonntag.

Seit dem 1. Januar sind die Zeitungen und die Nachrichtenagenturen in ganz Italien verpflichtet, die Sonntagsruhe einzuhalten. Es erscheinen keine Sonntagsausgaben mehr. Die „Agenzia Stefani" die offizielle Nachrichtenagentur, unterbricht den Dienst von Sonnabend mitternacht bis Sonntag mitternacht.

### Fürst Bülow muß Italien verlassen.

Italienische Blätter melden, es sei dem Fürsten Bülow zu verstehen gegeben worden, daß seine Anwesenheit in Rom derzeit unwillkommen sei, und daß sie der italienischen Regierung Unannehmlichkeiten bereiten könnte. Infolgedessen wird sich der ehemalige deutsche Reichskanzler noch in diesem Winter nach Luzern begeben.

## Frankreich.

### Noble Grundsätze.

Ein neuer Erlaß der französischen Regierung warnt französische und elsässische Schuldner vor Zahlungen an deutsche Gläubiger.

## England.

### Verweigerte Pässe.

Die englische Regierung hat der Abordnung des englischen Gewerkschaftskongresses, die nach Rußland reisen wollte, um sich an Ort und Stelle über die dortigen Verhältnisse zu unterrichten, die Pässe verweigert.

### Generalstreik in Irland.

Laut „Daily Mail" ist in Irland der Generalstreik ausgebrochen und wird in größtem Umfange durchgeführt. Infolge blutiger Zusammenstöße, bei denen mehrere englische Soldaten verwundet wurden, ist über Limerick das Standrecht verhängt worden.

## Bulgarien.

### Die bolschewistische Bewegung.

Aus Sofia wird gemeldet: Die bolschewistische Agitation in Bulgarien nimmt einen derartigen Umfang an, daß die Regierung kaum imstande sein dürfte, der Bewegung auf die Dauer mit eigener Kraft standzuhalten. Der König ist bedroht. Tagtäglich finden in Sofia und in der Provinz Kundgebungen gegen das Königtum und für die Republik statt. Es heißt, daß König Boris sich bereits an den französischen General Franchet de Esperey gewandt habe, um sich die Hilfe der alliierten Truppen für den Fall zu sichern, daß es nicht mehr möglich sein sollte, mit eigenen Mitteln der Bewegung Widerstand zu leisten. Die bürgerlichen Kreise sind vollständig eingeschüchtert. Der Terror der Straße nimmt ständig zu. Alle größeren Geschäfte sind seit Wochen geschlossen; der Handel liegt vollständig darnieder. Zwischen Bulgarien und Sowjet-Rußland besteht ein direkter Telegrammverkehr. Die Provinz wird zum guten Teil durch die Moskauer Abteilung für Bulgarien regiert.

## Griechenland.

### Beschlagnahme des deutschen Eigentums?

Wie die „P. P. N." zuverlässig erfahren, soll die griechische Regierung die Absicht haben, in kurzem, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages, zu einer Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Griechenland zu schreiten.

### Die Stimmung gegen Venizelos.

Die Stimmung in Griechenland gegenüber der von Venizelos ausgeübten Diktatur wird durch eine Abstimmung beleuchtet, die in Griechenland großes Aufsehen hervorruft. Bei den Vorstandswahlen in der griechischen Juristenvereinigung erhielt die oppositionelle konstantinische Liste eine erdrückende Mehrheit. Die meisten der gewählten Juristen, darunter der Justizminister Vozikis aus dem Kabinett Gunaris, sind zurzeit durch Venizelos verbannt. Die Venizelisten erhielten nur verschwindend wenig Stimmen. Die Oppositionspresse unterstreicht die Bedeutung der Abstimmung, die Regierungsblätter haben sich jeglichen Kommentars enthalten.

## Türkei.

### Die Wahlen zum Parlament.

Die letzten Wahlen für die türkische Legislative haben den Unionisten einen vollen Erfolg gebracht; die gemäßigten Elemente erlitten dagegen eine schwere Niederlage. Zwei hervorragende Mitglieder der jetzigen Regierung, die Minister des Innern und des Auswärtigen, wurden nicht wiedergewählt. Man rechnet mit der Möglichkeit einer Ministerkrise beim Zusammentritt der neuen Kammer.

### Um Arabiens Unabhängigkeit.

Ein in Beirut erscheinendes Blatt veröffentlicht folgende Nachricht: Der Scheich Nuaf al Faez as Sakhri sandte im Namen von dreißigtausend Kriegern an die arabischen Behörden in Damaskus und an die britischen Behörden in Palästina ein Ultimatum, worin er sagt: Wir fordern völlige Freiheit und Unabhängigkeit ohne irgendwelche fremde Einmischung. Sonst werden wir gegen die Ortschaften marschieren und das Joch, das man uns auferlegen will, mit Waffengewalt abschütteln.

# Aus dem Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 10. Januar.

**Errichtung einer Krankengeldzuschußkasse** lautete die Tagesordnung einer Versammlung der Arbeiterausschüsse, die gestern im Gewerkschaftshause tagte und vom Arbeiterrat einberufen war. Jedem in hiesige Verhältnisse Eingeweihtem mußte schon die ganze Aufmachung einer solchen Versammlung stutzig machen. Ist es unbestreitbar richtig, daß ein erkrankter Arbeiter unter den heutigen Teuerungsverhältnissen, wenn er nur von der Unterstützung der Ortskrankenkasse leben soll, nicht bestehen kann, so muß doch der Weg, den hier einige Arbeiter einzuschlagen belieben, scharf verurteilt werden. — Gestern abend erfuhr man nun, wie eine so tief einschneidende Angelegenheit behandelt wurde. Zwei größere Betriebe wandten sich an den Vollzugsausschuß des Arbeiterrats, um Mittel und Wege zu finden, wie dem erkrankten Arbeiter in pekuniärer Hinsicht geholfen werden könnte. Und was machte dieser? Er arbeitete flugs einen Entwurf für eine Krankengeldzuschußkasse aus, der jedenfalls in den Annalen der Arbeiterbewegung einzig dastehen dürfte. Es ist hier nicht der Raum dazu, diesen Entwurf näher zu beleuchten. Das wird hoffentlich an anderer Stelle geschehen. Aber beleuchtet werden soll die ganze Aufmachung dieser Angelegenheit. Dieser Entwurf wurde nun gestern abend den Arbeitern auf den Tisch gelegt, derselbe ihnen so schmackhaft wie möglich gemacht, und nun sollten die einzelnen „Betriebe" hierzu Stellung nehmen! Man scheint hier in Lübeck weder Gewerkschaften noch Gewerkschaftskartell zu kennen, deren ureigenste Sache doch die eventuelle Gründung einer solchen Kasse sein müßte. Einige wenige Personen fühlen sich berufen, ganz plötzlich einen Entwurf dazu, ohne überhaupt die nötigen Unterlagen hierzu zu haben, den Genossen auf den Tisch zu legen, und meinen nun, ein gewaltiges Werk für die Arbeiterschaft getan zu haben. Als ich energisch gegen ein solches Vorgehen des Vollzugsausschusses protestierte und darauf hinwies, daß die Mitglieder des Arbeiterrates von der ganzen Sache keine blasse Ahnung hätten, und verlangte, daß eine so hochwichtige Angelegenheit mindestens erst doch einmal entweder im Arbeiterrat oder in den Fraktionen besprochen werden müßte, da erfuhr ich zu meiner Ueberraschung, daß die Fraktion der „Unabhängigen" sich eingehend damit beschäftigt hätte, während die Fraktion der Mehrheitssozialisten davon absolut nichts erfahren hat! . . . Merken nun wohl die Arbeiter Lübecks, wohin die ganze Sache hinaus soll? Dieser ganze Vorfall ist so bezeichnend, daß ich weiter kein Wort mehr hinzuzusetzen habe, bedauerlich ist dabei nur, daß sich einige unserer Genossen dazu hergeben, um hier Vorspanndienste für eine Sache zu leisten, die denn doch gar zu durchsichtig eingefädelt ist. Es wird hohe Zeit, daß der hiesige Arbeiterrat dem Vorgehen des Kieler Arbeiterrates, der sich am 1. Januar ds. Js. auflöste, folgt, damit nicht noch mehr Zersplitterung in die hiesige Arbeiterschaft hineingetragen wird. Arbeiter Lübecks, seid auf eurer Hut!!!

H. Salamon.

**Der Bund der technischen Angestellten** hielt in Hamburg einen Gautag ab. Der Bund zählt im Gau Nordwestdeutschland bereits 10 000 Mitglieder und beabsichtigt, **mit den freien Gewerkschaften einen Kartellvertrag zu schließen,** wonach die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften beim Uebertritt zum Bund mit angerechnet wird. Betreffs der Stellungnahme zur Technischen Nothilfe wird der folgende Antrag Lübeck dem Bundesvorstand überwiesen:

„Die Technische Nothilfe ist in Wirklichkeit eine Unterbindung des Streikrechtes der Angestellten und Arbeiter in den für die Nothilfe in Frage kommenden Betrieben. Andererseits kann nicht verneint werden, daß sie zur Vermeidung der schlimmsten Katastrophen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Ein Ausgleich dieses Widerspruches ist nur möglich, wenn die Regierung neben dem de facto eintretenden Arbeitszwang für die Arbeiter und Angestellten, den Zahlzwang für die Arbeitgeber einführt und zwar Zahlung in Höhe des Beschlusses einer zu schaffenden Schiedsstelle. Im Weigerungsfalle hat die Ueberführung des Privatbetriebes in Staats- oder Kommunalbetrieb zu erfolgen."

U. a. wurde auf Antrag von Eckernförde beschlossen, den Bundesvorstand zu ersuchen, den jetzigen in der Metallindustrie für die technischen Beamten und Angestellten abgeschlossenen Tarifvertrag zu kündigen und einen den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden neuen Vertrag abzuschließen. Auf Antrag von Hamburg wurde beschlossen, von der Regierung den Erlaß eines Notgesetzes für die technischen Angestellten zu fordern, wonach alle Streitigkeiten aus dem Angestelltenverhältnis der technischen Angestellten vor einem schnell arbeitenden Gericht, ähnlich dem Kaufmannsgericht, zu behandeln sind. Mit dem Betriebsrätegesetzentwurf erklärte sich der Gautag nicht einverstanden. Er erhebt entschieden Einspruch gegen die Verkürzung des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Mitbestimmungsrechtes. Der Gautag fordert die Einbeziehung der Beamten in das Betriebsrätegesetz.

**Volkshochschule.** Zum zweiten Male öffnet am Montag, 12. Januar die Volkshochschule ihre Pforten, um den Bildungshungrigen Einlaß zu gewähren. 3797 Eintragungen waren bis zum Freitag erfolgt. Leider hat sich für eine Zahl Fächer nicht die erforderliche Beteiligung gefunden, sie müssen daher in diesem Unterrichtsvierteljahre in Wegfall kommen. (Siehe Anzeige.) Dafür sind in anderen Arbeitsgemeinschaften die Eintragungen so zahlreich erfolgt, daß diese geteilt werden müssen. Im ganzen können 93 Lehrgänge eingerichtet werden. Einige davon sind noch nicht ganz gefüllt; für diese werden noch Anmeldungen entgegengenommen. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle im Lehrerseminar abends von 4—8 Uhr. Den Einzeichnern der ausfallenden Lehrgänge wird empfohlen, andere Fächer zu belegen; der Unterrichtsplan der Volkshochschule bietet ja eine so reiche Auswahl, daß jedem Bedürfnis Rechnung getragen werden kann. Umschreibungen der Hörerausweise und Rückvergütungen der Gebühren für ausfallende Lehrgänge können erst in der 2. Unterrichtswoche erfolgen, da die erste den Einrichtungsarbeiten gewidmet ist. — Wegen der Gassperre müssen die Unterrichtsstunden und die Pausen um je 5 Minuten verkürzt werden. Die Frühschicht dauert demnach von 5,30 bis 7,05, die Spätschicht von 7,15 bis 8,50.

**Der Mieterschutzverein** hält am Mittwoch, dem 14. Januar, abends 7 Uhr, in den Zentralhallen eine Hauptversammlung ab, auf die wir auch an dieser Stelle hinweisen.

**Die Arbeit der Lübecker Wohlfahrtsspende** war bisher recht ersprießlich. Das erste Gabenverzeichnis weist einen Ertrag von 44 627,65 Mark auf, an dem alle Stände der Bevölkerung beteiligt sind. Diese Zuweisungen reichen aber bei weitem nicht aus, die Ansprüche, die in täglich erhöhtem Maße an das neue Wohlfahrtsunternehmen gestellt werden, auch nur einigermaßen zu befriedigen. Eine Verteilung von Mitteln hat daher noch nicht geschehen können. In etwa 14 Tagen gedenkt die Wohlfahrtsspende imstande zu sein, fühlbare Hilfe zu leisten. Sie wird sich in erster Linie unseren notleidenden alten Frauen und Männern zuwenden. Zu Hunderten haben sie sich bereits als Bittende eingestellt, und die sich meldende Zahl wirklich Bedürftiger wird täglich größer. Hunderttausende deutscher Mark sind nötig, wenn in der Tat und durch die Tat geholfen werden soll. Alle Banken nehmen Gaben entgegen und die Geschäftsstelle der Wohlfahrtsspende, Königstraße 19, Fernruf 8744. Und die öffentlich zugänglichen Sammelbüchsen sind noch lange nicht gefüllt!

**Diebstähle.** Aus dem Abort einer Wirtschaft in der Johannisstraße sind etwa 5 Meter Bleirohr, 2 Zoll stark, gestohlen worden. — Aus dem Wagenkasten eines Wagens, der kurze Zeit auf dem Marktplatze gestanden hatte, wurde eine Kiste Butter und eine Kiste Honig gestohlen. — Ferner sind aus dem Friseurgeschäft eines Friseurs Hinter St. Petri für 200 Mk. Toilette- und Rasierseife gestohlen worden. — In der Nacht zum 9. ds. Mts. sind aus einem Lager in der Kanalstraße neun prima trockene Hirschfelle und acht prima trockene Kalbfelle gestohlen. — In derselben Nacht ist einem Roßschlachter in der Hundestraße eine besonders große schwarze Pferdehaut gestohlen. Der Bestohlene sichert für die Wiederherbeischaffung der Haut eine Belohnung von 200 Mk. zu. — Ferner sind der gesamte aus der Kasse geraubte Betrag — ungefähr 55 000 Mark in neuen Fünfzigmarkscheinen — vorgefunden und beschlagnahmt. Die Festgenommenen leugnen die Tat. Wie jetzt feststeht, sind eine ganze Reihe Personen durch die von der Bombe ausgegangene Brandwirkung erheblich verletzt worden. in derselben Nacht aus einem Hühnerstall in der Israelsdorfer Allee 5 Hühner und ein Hahn gestohlen und am Tatorte abgeschlachtet worden und einem Schlachtermeister in der Marlistraße sind aus seiner Räucherei 4 Seiten Speck, 3 Schinken, 2 Schweinsköpfe, eine Schweinsbacke und 9 Leberwürste gestohlen. — In der Nacht zum 8. ds. Mts. sind einem Kaufmann in Travemünde mittels Einschlagens der Ladenscheibe ein Paar Herren-Schnürstiefel gestohlen. Für die Ergreifung des Täters sichert der Geschädigte eine Belohnung von 100 Mk. zu. — In der Nacht zum 9. ds. Mts. sind einem Landmann in Teutendorf 5 Gänse und eine Ente gestohlen worden. — Von der Baustelle einer Hoch- und Tiefbau-Gesellschaft an der Trave sind folgende Sachen gestohlen worden: 2 Hanftaue je 30 Meter lang, eine 25 Meter lange Wurfleine, 2 Leinen von Rettungsringen, eine rote und eine grüne Positionslaterne aus Kupfer, 8 Block Weiß-Metall Tandem-Bronze, ein Kupferblech, ½ Millimeter stark und ein Spiral-Dampfschlauch, 14 Meter lang.

**Ermittelt und festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Plön und ein Wiegemeister aus Wust, die in dem dringenden Verdachte stehen, in Plön einen wertvollen Treibriemen gestohlen zu haben, den sie hier zerschnitten als Sohlleder verkaufen wollten. Der Haupttäter ist ein u. a. mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch. Ein großer Teil des zerschnittenen Treibriemens konnte bei ihm gefunden und beschlagnahmt werden.

**Berichtigung.** In unserem Artikel: „Die neue Teuerungswelle" hat sich ein Rechenfehler eingeschlichen. In Prozenten ausgedrückt beträgt die Erhöhung beim Schwarzbrot nicht 87,50, sondern „nur" 56 Prozent!

*

**Travemünde.** Parteiversammlung. Am 8. Januar fand die Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Gogowsky einen Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: 1. Vorsitzender H. Litzendorf, 2. Vorsitzender Fr. Reylein, 1. Kassierer J. Johannsen, 2. Kassierer R. Knöfler, Schriftführer D. Möller, als Revisoren G. Hagelstein und P. Kleen. Zur besseren Ausgestaltung der Werbungs- und Aufklärungsarbeiten wurde eine Agitationskommission gewählt, welche die Arbeiten zu erledigen hat, die in Lübeck durch die tätigen Genossen verrichtet wird. Hierzu wurden vorgeschlagen und gewählt: die Genossen Feldmann, Wehler, Schmidt, Meier und Meiberg. Im Verschiedenen wurde das Verhalten der Bürgerschaftsfraktion sehr scharf verurteilt. Alle Versammlungsteilnehmer sprachen ihre Ansicht dahin aus, daß die Art und Weise, wie das Aalstechen der Travemünder mindelbemittelten Bevölkerung unmöglich gemacht wurde, in der schärfsten Weise zu verurteilen sei. Man erwartet, daß noch Mittel und Wege gefunden werden, um die Fischversorgung allen denjenigen zu sichern, die ein Einkommen unter 3500 Mark haben.

**Travemünde.** Ein Ausbreitungsausschuß für die Arbeitsbaugenossenschaft ist hier gebildet worden, dieser nimmt Beitrittserklärungen entgegen und wollen sich Interessenten bei den Herren J. Feldmann, Kurgartenstraße 95, Hans Möller, Torstraße 31 und bei G. Hagelstein zur Einzeichnung in die Liste der Genossen melden.

**Volkshochschulkurse für Travemünde.** Am Dienstag, dem 13. Januar findet hier eine Versammlung in dem Lokale der Gastwirte aller Vereine und Korporationen sind freundlichst eingeladen, um in dieser Versammlung die nötige Teilnehmerzahl für den Besuch der Volkshochschulkurse zu finden. Es wird erwartet, daß die Verwaltung der Volkshochschule noch in diesem Semester mit der Lehrtätigkeit beginnen kann.

# Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Schieber und Schleichhändler. Von Hamburg aus wurden 57 000 Dosen mit Weißwurst nach auswärts verschoben. Im Kettenhandel war der Preis vorher von 2,50 Mk. auf 4,60 Mk. für das Pfund gesteigert worden. Gegen mehrere daran beteiligte Kaufleute wurde eine Untersuchung eingeleitet. — In zahlreichen besseren Restaurants wurden größere Posten Schweine-, Rind-, Kalb- und Hammelfleisch vorgefunden und ebenfalls beschlagnahmt. — Auf dem Rathausmarkt wurde ein Wagen mit 400 Pfund Roßfleisch angehalten, das bei einem Gasthofbesitzer abgeliefert werden sollte. Vor einem größeren Restaurant in der Nähe der Alster wurde ein Schlachterwagen mit Fleischwaren aller Art angehalten, ebenso in einem Straßenbahnwagen ein Landmann mit einem halben geschlachteten Schwein. Auf dem Hauptbahnhofe wurden fünf Kisten mit fünf Zentnern Rindfleisch, zwei Körbe mit 200 Pfund Rindfleisch und drei Körbe mit Geflügel beschlagnahmt. Sämtliche beschlagnahmten Lebensmittel sind dem Kriegsversorgungsamte überwiesen worden. Trotz aller Gegenmaßnahmen blüht der Schleichhandel also üppig weiter.

**Altona.** Demonstration der Notstandsarbeiter. Die Kommission für das städtische Arbeitsamt hatte in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine Auswechselung der ledigen Notstandsarbeiter vorzunehmen und an deren Stelle Familienväter in Arbeit zu bringen. Die Notstandsarbeiter, die mit dieser Regelung nicht einverstanden sind, stellten die Arbeit ein und begaben sich in einem Demonstrationszug zum Rathaus, wo sie ihre Forderungen vortrugen. Verlangt wurde Belassung sämtlicher bei der Stadt beschäftigten Notstandsarbeiter, einerlei, ob verheiratet oder ledig. Weiter wird ein allgemeiner Tagelohn von 25 Mark und Familienzulage von 2 Mark pro Mitglied gefordert. Der Deputation wurde der Bescheid, daß sobald der Tariflohn der untersten Stufe der städtischen Arbeiter eine Erhöhung erfährt, werde automatisch eine entsprechende Erhöhung des Lohnes der Notstandsarbeiter eintreten. In einer Versammlung wurde beschlossen, da eine Arbeitseinstellung nutzlos sei, eine Kommission zu wählen, die sofort mit den Betriebsräten der städtischen Betriebe Fühlung nehmen und gemeinsam eine Aktion vorbereiten soll. Einem Antrage aus der Versammlung, eine **Bittschrift an die in Hamburg weilende Kommission der Alliierten** aufzusetzen und diese um Hilfe zu ersuchen, weil die eigenen Behörden versagen, wurde zugestimmt. Die Absicht, die Ententekommission wegen Lohnforderungen anzugehen, kann nur einem völlig verwirrten „unabhängigen" Gehirn entsprungen sein. Wenn die Entente Hamburg besetzt hielte, würden die Notstandsarbeiter wahrscheinlich nicht in der Lage sein auch nur einen Teil von dem zu erreichen, was sie zum Leben brauchen, aber es handelt sich ja um die Entente, die bekanntlich erheblich „revolutionärer" gesonnen ist als die deutsche Republik!

**Neumünster.** Steigerung der Wohnungsmieten. Der städtische Ausschuß zur Festsetzung der Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen hat einen Beschluß gefaßt, daß im Vergleich zu 1914 von den Haus- und Grundbesitzern nur ein Mietaufschlag bis zu 20 v. H. erhoben werden darf.

**Flensburg.** Keine Ausweisungen aus Flensburg. Die dänische Presse bringt aufsehenerregende Artikel über Ausweisungen, die in den letzten Tagen durch die Flensburger Polizeibehörde erfolgt sein sollen. Dazu wird amtlich festgestellt, daß keine einzige Ausweisung erfolgt ist. — Dänemarks Maßnahmen in Nordschleswig. „Politiken" erfährt, daß sofort nach der Besetzung Nordschleswigs die Kronenwährung eingeführt werden soll. Gleichzeitig wird über die Getreidevorräte nach denselben Bestimmungen verfügt werden, denen die dänischen Landwirte unterworfen sind.

**Kuxhaven.** Kohlennot und Hochseefischerei. Wegen Kohlenmangels liegt die halbe Flotte der Kuxhavener Hochseefischerei A.-G. und der Gesellschaft Altenliebe im Hafen. Die in den nächsten Tagen von See eintreffenden Dampfer werden ebenfalls wegen Kohlenmangels stillegen.

**Rüstringen.** Die Kasernenräuber verhaftet. Die Räuber aus der Werftkaserne, zwei Brüder R., ein Bootsmannsmaat und ein Arbeiter aus Rüstringen, sind ermittelt und festgenommen worden. Bei der Haussuchung wurde im Schweinestall

# Neueste Nachrichten.

**Keine Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise.**

TU. Berlin, 10. Januar. Die ständige Valutakommission trat Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zu einer Gesamtsitzung zusammen, in der insbesondere die Frage, in welcher Weise der weiteren Steigerung der schwebenden Schulden begegnet werden kann, und die Frage der Erlangung von langfristigen In- und Auslandskrediten erörtert wurde. Beide Fragen wurden zur näheren Beratung und Beschlußfassung den Unterkommissionen I und II überwiesen. Die Unterkommission III beschäftigte sich in einer Donnerstag und Freitag abgehaltenen Tagung mit den Fragen über den Ein- und Ausfuhrhandel, sowie mit der Preisgestaltung im Innern und in Verbindung damit mit der Entwicklung der Valuta. Zugestimmt wurde mit allen gegen eine Stimme von der Hauptkommission einer Reihe von Leitsätzen. Die vielfach erhobene Forderung der Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise lehnt die Kommission ab, da die Durchführung dieser Forderung eine Schraube ohne Ende bedeute und zur Katastrophe führen müßte. Die Kommission sieht eine straffe Grenzkontrolle als Voraussetzung einer Differenzierung zwischen Inlands- und Auslandspreisen an.

**Rechtskraft des Friedens am 17. Januar?**

TU. Berlin, 10. Januar. Die „Agence Havas" meldet, daß, sofern Sonnabend nachmittag die Unterzeichnung des Protokolls durch die Deutschen erfolge, die Rechtskraft des Friedens am 17. Januar eintreten werde.

**Die Auslieferung Wilhelms II.**

TU. Berlin, 10. Januar. Schweizer Blättern wird aus Paris gedrahtet: Sonnabend tagt im Beisein des englischen Lordkanzlers eine Versammlung, die über die Auslieferung Wilhelms II. beraten wird.

**Die Zurückziehung der Reichswehr aus der neutralen Zone.**

TU. Berlin, 10. Januar. Die „Preß-Information" meldet aus Paris: Der alliierte Rat hat auf einen Antrag Foch beschlossen, daß die Zurückziehung aller in der Verwaltung der neutralen Zone befindlichen Reichswehrtruppen mit Eintritt des Friedenszustandes innerhalb 14 Tagen erfolgen muß. Alliierte Kontrollkommissionen werden die Ausführung der betreffenden Bestimmungen überwachen. Ueber die Zurückziehung der Polizeitruppen oder sonstigen bewaffneten Sicherheitsorgane ist eine Entscheidung nicht getroffen.

**Die direkte Verbindung Berlin—Paris unterbrochen.**

TU. Berlin, 10. Januar. Die direkte Drahtverbindung Berlin—Paris ist unterbrochen, so daß eine Verzögerung in der Uebermittelung der Nachrichten entsteht.

**Das bayerische Zentrum macht sich selbständig.**

TU. München, 10. Januar. Die Bayerische Volkspartei, wie sich seit der Revolution das bayerische Zentrum nennt, hat mit großer Mehrheit beschlossen, sich von der Reichspartei des Zentrums zu trennen. Das bedeutet einen Sieg des Bauernführers Dr. Heim.

**Der Zug nach rechts.**

TU. Worms, 10. Januar. Die Gemeinderatswahlen im Kreise Worms ergaben einen Erfolg der Deutschen Volkspartei. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Ergebnis erzielten die Deutsche Volkspartei 185, die Sozialdemokraten 97, das Zentrum 94 und die Demokraten 25 Sitze.

**Vertrauensfrage des holländischen Kabinetts.**

TU. Haag, 10. Januar. In der Zweiten Kammer ist Freitag vom Finanzminister im Namen des gesamten Kabinetts die Vertrauensfrage gestellt worden. Die Regierung hält an einer Zwangsanleihe von 450 Millionen Gulden fest.

## Die Hühnerleiter.

Tagtäglich mehren sich die Stimmen
ans deutsche Volk: Emporzuklimmen!!
Das deutsche Volk wird sich das merken
und für besagten Klimmzug stärken.

Doch sind wir darum nicht gescheiter —
zum Klimmen braucht man eine Leiter!
Selbst Wilhelm Buschs bekannte Knaben,
die mußten eine solche haben.

Ich suchte lang nach einem Rate
und kam denn auch zum Resultate:
Wir sitzen doch schon auf der Leiter,
von der man sagt — na und so weiter . . .

Paulchen im „Vorwärts.

# Spiel, Sport und Körperpflege

Am Sonntag, dem 11. Januar, vormittags 10½ Uhr, stehen sich im Bezirkswettspiel auf dem Kasernenhofe St. Lorenz die 1. Mannschaften des Lübecker Ballspiel-Vereins „Vorwärts" (dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossen) und des A.-T.-V. Kücknitz gegenüber. Da beide Vereine über eine gute Mannschaft verfügen, so ist sicher ein spannender Kampf zu erwarten. Die 2. Mannschaften der beiden obengenannten Vereine stehen sich auf demselben Sportplatze am Sonntag vormittag 9 Uhr gegenüber.

**Fußballwettspiel** Vorwärts I und II gegen Kücknitz I und II auf dem Kasernenhof, Fackenburger Allee, am Sonntag, 11. Januar.

# Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)
(Nachdruck verboten.)

Der 11. Januar bringt unbeständiges, kälteres Wetter mit teilweise starken W- und NW-Winden. Die Regenfälle gehen in Schnee über. Der 12. läßt nach vorübergehender Besserung wieder trübes Wetter mit zeitweisem Frost, nördlichen Winden und ausgedehnte Schneefälle erwarten, die auch am 13. Januar bei zunehmender Kälte und starker Bewölkung noch zeitweise auftreten. Am 14. klart der Himmel bei rechtsdrehenden NO.-Winden auf. Die Schneefälle nehmen ab, besonders im Süden, der Frost dagegen zu. Am 15. und 16. herrscht wolkiges bis heiteres, meist trockenes Frostwetter mit frischen Ost-Winden und sinkender Luftwärme. Letztere liegt erheblich unter dem Mittel, besonders in Schleswig-Holstein und Mecklenburg. In den Gebirgsteilen des Südens kommt es noch zu vereinzelten Schneefällen. Die Woche schließt (17.) mit zeitweise sonnigem, kaltem, trockenem Frostwetter und Ostwinden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

# Mieterschutzverein.

## Ordentliche Hauptversammlung

am Mittwoch, dem 14. Januar 1920, abends 7 Uhr, in den Zentral-Hallen, Dankwartsgrube.

Tagesordnung: 1. Genehmigung der Satzungen. 2. Wahl des Vorstandes.

1363) Der vorbereitende Vorstand.

---

**Neuer Grundeigentümer-Verein Lübeck u. Umg. v. 1919 E. V.**

Montag, den 12. Januar abends 7½ Uhr

**Zentralhallen (Dankwartsgrube)**

**Monatsversammlg. Wichtige Bekanntmachungen.**

Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend! (1357

Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

---

## Sadowa (im Saal).

**Auf zum Luftschaukelsport!**

Anfang 4 Uhr. (1382

Es ladet freundlichst ein Der Besitzer.

---

## Konzerthaus Flora.

Jeden Donnerstag Anf. 6½ Uhr und Sonntag Anf. 4½ Uhr **Tanz**

1324 Max Siems.

---

## Louisenlust.

Morgen Sonntag:

**Grosses Tanzkränzchen.**

Beginn 5 Uhr. (1382) Aegidius Maka.

Kaffee und Kuchen.

---

## Neu-Lauerhof

Morgen Sonntag: (1327

**Großes Tanzkränzchen.**

Großes Orchester. Harmonieklub.

---

## Zentralhallen

Morgen Sonntag: Gr. Tanzkränzchen.

1385) Dienstag: Gr. Tanzkränzchen.

---

Gesellschaftshaus

## Weisser Engel

Rageburg, Allee 28, Endstation d. Linie 1

Jeden Sonntag und Donnerstag:

**Gr. Ballmusik.**

Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr.

---

## Adlershorst. Tanz

Jeden Sonntag und Donnerstag: (1325

---

**Gebt für unsere notleidenden alten Männer und Frauen!**

Gaben erbeten an alle Banken, durch die Mitglieder des Arbeitsausschusses, durch die Geschäftsstelle Königstraße 19 (Fernruf 8744) oder unmittelbar an Herrn Bankdirektor Lüthgens, Fleischhauerstr. 19, auch durch alle Sammelbüchsen. (1360

---

# Stadttheater

Die Hebung der 2. Rate des Abonnementsbeitrages erfolgt von den Abonnenten im Dienstagabonnement am Montag, 5. Januar, von den Abonnenten im Mittwochabonnement am Mittwoch, 7. Januar und von den Abonnenten im Freitagabonnement am Donnerstag, 8. Januar jeweils nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Theaterkasse, Beckergrube, **gegen Vorlegung der Eintrittskarte für die erste Abonnementshälfte.**

Eine Erhöhung des Abonnementspreises für die jetzigen Abonnenten findet nicht statt. Pünktliche Einlösung der Karten ist erwünscht, damit bei Kürze der Zeit über die Plätze eventl. vom 10. Januar an anderweitig verfügt werden kann. Von diesem Tage ab werden Abonnements zu erhöhten Preisen abgegeben.

1346) Die Direktion.

---

## Carl Folkers

**Möbelmagazin**

25 Marlesgrube 25.

Vollständige 1337

**Wohnungseinrichtungen**

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl. Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

**Zimmereinrichtungen** stets vorrätig.

Fernsprecher 2734.

---

Für Herbergen

**Fremden-Meldezettel** in Block.

Zu beziehen

**Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

---

Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Lederpatentsohlen usw. billigst bei **C. Grimm Nachfl.,** Lederhandlung u. Schäftefabrik. 1345

---

**Ad. Hübner,** Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünfhausen 13. Eig. Reparaturwerkstatt (13-3

---

Patent-Matratzen, Auflege-Matratzen, jed. Maß in kürz. Zeit. **Gebr. Hefti, Lübeck,** Untertrave 111/112. (13-1

---

**Pelzgarnituren** werden schnell und nach neuesten Formen billigst umgearbeitet. (1335

**A. Wagner, Holstenstr. 8.**

---

Zahn-Praxis (1340

WILLY KOCH

Lübeck, Holstenstr. 21, 1.

---

Geflügelfreunde lesen die **Geflügel-Welt,** Chemnitz, L 30. (133

Probe-Nr. u. Büchertz. gratis

---

**Grab-Kränze**

in jeder Preislage stets vorrätig. Geschmackv. Ausführ. **Mariechen Boon-Hartsinck,** Lichte Querstraße 10. (1336

---

**Die neuen Postgebühren**

(Gültig ab 1. Oktober 1919)

Preis 25 Pfg.

Buchhandlung

**Friedr. Meyer & Co.**

---

**Jedes Ungeziefer** vertilgt unter Garantie **Wilh. Klüssendorf,** beeid. Kammerjäger u. offiz. Sachverständig. Kl. Burgstraße 18 a. Tel. 1509. Spezialist (1328 für Wanzenvertilgung.

---

## Konzerthaus Lübeck.

Morgen Sonntag und Mittwoch:

**Großer Ballabend.**

Musik: Künstlerkapelle Sulanke.

Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 4½ Uhr.

1376

---

# Stadthallen

**-Lichtspiele. Mühlenbrücke 13.**

Das größte und modernste Lichtspiel-Theater am Platze.

Versäumen Sie nicht !! zu sehen !!

**Ab Freitag, den 9. bis 15. Januar:**

Der große Film

## Die weißen Rosen von Ravensberg

Drama in 6 Akten nach dem gleichnamigen Roman von **E. von Adlersfeld-Ballestrem.**

In der Hauptrolle: **Nils Chrisander.**

Außerdem 1368

## Wahnsinn

Drama in 5 Akten Hauptdarsteller: **Conradt-Veldt**

und

## Amt - Zukunft

Schwank.

**Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.**

**Gutgeheiztes Lokal.**

**Aufführungszeiten: 4—7 Uhr und 7—10 Uhr.**

---

## Gasthaus z. Mühle Schlutup

Herrlich am Wasser gelegen. Angenehmer Familienaufenthalt. Gutgepflegte Weine und Biere.

1334) **Ernst Maywald.**

---

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**

**Filiale Lübeck.**

**Versammlung**

sämtlicher

**Arbeiterausschüsse der Städtischen Werke**

am Montag, dem 12. Januar abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

1334 Die Ortsverwaltung.

---

## Gesellschaftshaus Markt.

Morgen Sonntag: (1329

**Gr. Tanzkränzchen**

---

**Friedrich-Franz-Halle.**

Jeden Sonntag: (1331

**Tanz.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

---

Gesellschaftshaus

## Lindenhof

Israelsdorf

Etabl. 1. Rang. Tel. 1910

Heute, Sonntag, 11. Jan.:

**Vornehme Ballmusik**

mit anerkannt gut. Orchester. Saalöffn. 3 Uhr, Anf. 4 Uhr. Z. d. Veranden freier Zutritt. Konditorei im Hause. Für Veranstaltung jed. Art empf. meine vorn. Lokalität.

1330) **Viktor Kleeppen.**

---

## Chorverein v. Schwartau-Rensefeld

**Sonntag, den 18. Januar:** (1362

**Gr. Maskerade**

in Krögers Gasthof, Kl.-Mühlen.

Hierzu ladet freundl. ein Der Festausschuß.

---

## Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele

Das neueste, modernste und bequemste Lichtspiel-Theater am Platze.

25 Johannisstraße 25. Früher Monopol.

Bis zum 12. Januar:

Der große Kultur-Film

## Anders als die Andern

## § 175

in 6 Akten.

**3. Presseurteil:**

„Hannoversches Tageblatt": . . . . Wer da glaubt, an den Bildern, die am Dienstag in den Kammer-Lichtspielen zum ersten Male vor geladenen Gästen gezeigt wurden, seine Sinneslust befriedigen zu können, bleibe fern. Wem es aber darum zu tun ist, ein Urteil über die Frage zu gewinnen, wird die Ueberzeugung mit hinwegnehmen, daß das Verdammungsurteil vor den Gesetzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit nicht standhält. In dem Film rankt sich um den Vortrag des Sexualforschers die schlichte Lebensgeschichte eines Geächteten, der durch die Verfolgungen in den Tod getrieben wird. 1369

**Der geheimnisvolle Klub**

Detektivschlager in 8 Akten.

Nachmittags 4—7 Uhr. Abends 7—10 Uhr.

---

## Gasthof Klein Mühlen-Schwartau.

Sonntag, den 11. Januar: Anfang nachm. 4 Uhr

**Grosses Tanzkränzchen.**

1361) Es ladet freundlichst ein Hermann Kroger.

---

## Friedrichshof

Jeden Sonntag:

**Gr. Tanzkränzchen**

Kassenöffnung 4½ Uhr. (1356

---

## Kaffeehaus Maisling

Morgen (1354

**Sonntag: Tanz.**

---

Konzerthaus

## Zauberflöte

Täglich (1380

**Damen-Tromp.-Korps „Marga."**

Anfang 5 Uhr. J. Fölsch.

Eintritt frei!

---

## Fledermaus

Kabarett-Diele.

Fünfhausen 17/19.

Das große

**Januar-Programm!**

10 Kaukasia-Tanzsterne berühmte Gesangs- und Tanz-Truppe

**Hansi Heller** hum. Vortrags-Sängerin.

**Albert Hersting** der ausgezeichnete Groteskkomiker.

**Gastspiel Fritz Steidl** der bekannte und liebenswürdige Humorist

**Nagaina** (1370 indische Tempeltänzerin.

**Hans Fried** hervorragender Chansonnier u. Ansager.

**Original Darwin-Duo** in ihren abwechslungsreichen Tanzschöpfungen. Der Gipfel der Tanzkunst!

2 Orchester: Dirigenten I. Elvers u. W. Schwenk.

4-Uhr-Tee u. Auftreten der Künstler. Eintritt frei — kein Garderobenzwang.

Echte Biere, beste Weine, kaltes Büfett.

---

## Hansa-Theater

Sonnabend 7 Uhr:

**Die lustige Witwe**

Operette v. Fr. Lehar. Danilo — Hans Bechmann als Gast.

Sonnt. 2 Vorstellungen. Nachm. 2½ Uhr:

**Die Czardasfürstin.**

(Kleine Preise 4, 3, 2, 1 M.)

Abends 7 Uhr: (1322

**Die lustige Witwe.**

Montag: Die Geisha. Dienstag: Die lust. Witwe.

---

## Stadttheater Lübeck

(1371

Sonnabend, d. 10. Januar: Anfang 3 Uhr.

Zum letzten Mal!

**Peterchens Mondfahrt.**

Weihnachtsmärch. in 7 Bild. von G. v. Bassewitz.

Anfang 7 Uhr.

Gastspiel von Karl Günther vom Stadttheater Hamburg.

**La Traviata.**

Oper in 3 Akten von Verdi. Alfred: Karl Günther als Gast.

Sonntag, den 11. Januar, Anfang 3 Uhr:

**Herr Bummerlunder.**

Anfang 7 Uhr:

**Mignon.**

Dienstag, den 13. Januar: 16. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

**Hoffmanns Erzählungen.**

Beilage zu Nr. 8.
27. Jahrgang.

# Lübecker Volksbote

Sonnabend, den 10. Januar 1920

## Baltikum-Gesindel.

Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins von Stade hat an den Reichswehrminister ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

„Seit einiger Zeit werden in Stade und den Unterelbegebieten, die aus dem Baltenlande zurückgekehrten Truppen einquartiert. Das Verhalten dieser Truppen ist derart, daß es die Empörung aller Volkskreise hervorruft. Die Truppen führen ein Schlemmer- und Abenteurerleben und leben bedeutend besser als der größte Teil der Arbeiter. Sie **bewaffnen sich bis an die Zähne. Mit ihren Frauen**, die sie aus dem Baltenlande mitgebracht haben, verlaust und mit Krankheiten aller Art behaftet, **mit schwarz-weiß-roten Fahnen**, unter den Klängen von **„Heil Dir im Siegerkranz“**, mit **Schmährufen auf die jetzige Regierung** und **Hochrufen auf den Kaiser** sind sie hier eingezogen. Seitdem sie hier sind, ist **kein Hab und Gut vor ihnen sicher. Das Vieh wird auf der Weide geschlachtet, es wird geräubert und geplündert. In den Gastwirtschaften sitzen die Offiziere mit ihren fremländischen Frauen, schwarz-weiß-rote Fahnen** auf den Tischen und halten **Reden gegen die Regierung.** Da die Truppen zu allem fähig sind, und auch Gewalt nicht scheuen würden, steht die Bevölkerung den kommenden Ereignissen machtlos gegenüber. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Parteiorganisation erhebt energischen **Protest gegen ein derartiges Verhalten** der Truppen und fordert das Reichswehrministerium aufs dringendste auf, **Truppen in das Gebiet zu entsenden**, damit das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Regierung nicht untergraben wird und nicht sonst schlimme Zustände entstehen.“

*

Vom Sozialdemokratischen Wahlverein in Swinemünde wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Anfang Dezember zog hier das Sturmbataillon **Lütkenhaus** ein unter den Klängen des Liedes „Deutschland über alles“. Seit dieser Zeit ist kein Tag vergangen, an dem nicht unsere Bürgerschaft durch die Soldateska belästigt wurde. Sonntags erscheinen diese Helden, **umgeschnallt und mit Revolver auf den Tanzböden und fangen Schlägereien an.** Am 3. Januar lag hier ein englisches Torpedoboot im Hafen, Anlaß genug, daß zirka 100 Mann dieser Truppen — an der Spitze **der Kommandeur hoch zu Roß** — sich vor dem Boot im Halbkreis aufstellten — und die „Wacht am Rhein“ sangen, der sie den schönen Schluß angehängt hatten: **„Da kann kein Noske was hier machen, da kann kein Ebert dran wackeln.“** Ende Dezember brachte das hiesige Tageblatt eine Lokalnotiz, in der das Verhalten der Truppen gerügt wurde. **Am nächsten Tage erschien ein Leutnant und verkündete, daß die Druckerei nach der Silvesterfeier das Bataillons gestürmt werden würde.** Nur der Umstand, daß das Blatt **unter dem Druck dieser Drohung eine den Tatsachen widersprechende** Berichtigung aufnahm, verhinderte die Tat. Die Silvesterfeier des Bataillons verlief auch in unerhörtester Weise. Als am Neujahrsmorgen ein **schwer kriegsbeschädigter Genosse** zufällig am Elysium, dem Festlokal, vorbeikam, hörte er, wie **„Heil Dir im Siegerkranz“** gesungen wurde. Er stellte einige Soldaten deswegen zur Rede mit dem Erfolg, **daß diese rohen Menschen den Krüppel zu Boden schlugen und mit Füßen stießen.** Das Sturmbataillon **Lütkenhaus** besaß dann noch die Frechheit, dem hiesigen Tageblatt folgenden Bericht aufzuzwingen:

„Um unsinnigen Gerüchten über die Silvesterfeier des Sturmbataillons Lütkenhaus im Elysium entgegenzutreten, teilen wir Ihnen mit, daß die Neujahrsfeier des Bataillons einen glänzenden Verlauf genommen hat und ein neuer Beweis dafür erbracht wurde, welcher vorzüglicher Geist das Bataillon beseelt. Ueber die sogenannte „Schlägerei“ sei kurz folgendes gesagt: Gegen Schluß der Feier wurden patriotische Lieder gesungen, **darunter auch das Lied: „Heil Dir im Siegerkranz“.** Darauf fühlte sich ein Herr in Zivil veranlaßt, **abfällige Bemerkungen** über das Treiben der Soldaten zu machen. **Dies rief natürlich (!) die helle Empörung der Baltensoldaten hervor, welche damit endete, daß der betreffende Herr eine Tracht Prügel erhielt und durch kräftige Soldatenarme durch die Fensterscheiben ins Frische befördert wurde.** Das Bataillon ließ sich durch diesen **kleinen Zwischenfall** in der Fortsetzung der schönen Feier nicht im geringsten stören.“

Klarer als durch diese eigene Darstellung kann wohl nicht erwiesen werden, in welcher Weise sich das monarchistische Söldnergesindel heute schon Herr in Deutschland fühlt.

Die vorstehenden Berichte sprechen für sich selber. Wir fordern **sofortige vollständige Entwaffnung der Baltikummeuterer**, die für Deutschland eine ständige Gefahr und Landplage bilden.

## Aus dem „unabhängigen“ Wetterwinkel.

Geyer jun., von Gottes Gnaden Diktator des kommunistischen Flügels der Leipziger „Unabhängigen“, hat den brennenden Ehrgeiz, die „unabhängige“ Partei nach Moskau zu führen. Schon vor dem Leipziger Parteitag der U. S. P. D. gab es zwischen Geyer und seinen anders gesinnten Redaktionskollegen einen häuslichen Streit. Geyer versuchte damals die anderen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ hinauszubeißen. Sein Plan mißlang jedoch, da sich eine knappe Mehrheit der Leipziger U.-S.-P.-D.-Mitglieder gegen die Geyerschen Pläne entschied. Ermutigt durch die Beschlüsse des Leipziger Parteitages glaubt jedoch Herr Geyer, seine Zeit sei wiederum gekommen. Vor einigen Tagen brachte er erneut einen polemischen Artikel gegen seine Parteigenossen, worauf die Redaktion u. a. folgendes antwortet:

„Das Ziel des Genossen Geyer geht dahin, an die Stelle der jetzigen Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ eine andere zu setzen und ebenso die jetzige Parteileitung durch eine kommunistisch gerichtete zu ersetzen. In Berlin sind seine Gesinnungsgenossen schon in dem Sinne vorgegangen, indem sie die jetzige Redaktion der „Freiheit“ durch eine „kommunistische“ ersetzen wollten; an dem gesunden Sinn der Parteigenossen Berlins ist dieser Vorstoß aber gescheitert; auch in Leipzig, so hoffen wir, wird der „kommunistische“ Vorstoß den gleichen Mißerfolg haben. Die Leipziger Parteigenossen haben jetzt das Wort, sie mögen noch einmal entscheiden, ob die Parteizerstörung jetzt das Wichtigste ist.“

Am Schluß dieser Erwiderung wird es als unverantwortlich bezeichnet, aufs neue einen Streit in die Partei zu tragen und ihr schließlich dasselbe Schicksal zu breiten, wie es die kommunistische Partei ereilt hat: „An dem ewigen inneren Krakeel in einer Anzahl Richtungen auseinanderzufallen“.

Der rechte Flügel der „Unabhängigen“ darf sich über Geyers Vorgehen nicht beschweren. Nachdem sich die U. S. P. D. auf die schiefe Bahn von Moskau begeben hat, ist es nicht verwunderlich, wenn die Kommunisten a la Geyer folgerichtig den Weg weiter beschreiten. Die Entwicklung bei den „Unabhängigen“ wird früher oder später zeigen, daß diese Partei entweder in Moskau landen oder sich in ihre verschiedenen Sekten auflösen wird. Leipzig wird nur das Vorspiel für ganz Deutschland sein.

## Ein „Schützer des Rechts“.

Ueber eine geradezu ungeheuerlich anmutende Angelegenheit berichtet der in Erfurt erscheinende „Thüringer Sozialdemokrat“ nach Mitteilungen, die ihm seitens des Leipziger Rechtsanwalts Dr. Kurt Graf gemacht worden sind und für deren volle Richtigkeit dieser ausdrücklich die Gewähr übernommen hat. Danach ist Dr. Graf der Verteidiger zweier Juden, gegen die ein Strafverfahren anhängig ist. Einer derselben ist in Untersuchungshaft genommen, sollte aber gegen eine Kaution freigelassen werden, zu welchem Zweck Dr. Graf nach Erfurt kam, um die Kaution zu hinterlegen. Landgerichtsrat Giersberg (Erfurt), der Untersuchungsrichter in dieser Angelegenheit, empfing den Verteidiger nun mit ungefähr folgenden Worten: „Herr Rechtsanwalt, Sie hätten sich die Auslagen für diese Reise sparen können.“ Als Dr. Graf seiner Verwunderung über diesen Stimmungswechsel Ausdruck gab, da doch vom Untersuchungsrichter die Haftenlassung bereits in Aussicht gestellt gewesen sei und die Staatsanwaltschaft zugestimmt habe, meinte Landgerichtsrat Giersberg:

„Ich lasse den Beschuldigten nicht frei. Er ist ein Jud! Die Juden, die sich strafbare Handlungen zuschulden kommen lassen, erhalten vom roten Vollzugsrat in Berlin falsche Pässe nach dem Ausland. Die Reichsregierung, die zu achtzig Prozent aus Juden besteht und vom roten Vollzugsausschuß abhängig ist, billigt dieses Vorgehen und ist überhaupt bestrebt, ihre Glaubens- und Rassengenossen jederzeit zu unterstützen.“

Auf einen Einwurf Grafs, wie er zu solcher Behauptung komme, soll Giersberg dann noch gesagt haben, es sei ein Beamter des Landgerichts bei Noske (?) gewesen, der die Tatsache nicht in Abrede gestellt, aber Abhilfe zugesagt habe.

Man würde die Mitteilungen des Erfurter Blattes geradezu als unglaublich bezeichnen müssen, wenn sich dessen Gewährsmann nicht ausdrücklich für ihre volle Richtigkeit verbürgte. Mit der politischen Bildung und den politischen Kenntnissen des Landgerichtsrats muß es geradezu trostlos bestellt sein. Er beschränkt offenbar nach dem, was er vorgebracht hat, seine Lektüre nur auf antisemitische Hetzblätter gewöhnlichster Art. **Wie kann man bei einem Richter**, der einem anderen Juristen gegenüber derartige ungeheuerliche Aeußerungen wagt, auch nur eine Spur von Unparteilichkeit voraussetzen, die doch die allererste und unbedingte Vorbedingung für den Richterberuf sein muß? Ein Mann, der derartige Ansichten äußert, darf nicht eine Stunde länger Richter bleiben. Dafür zu sorgen, daß er nicht weiter sein Richteramt ausüben kann, ist eine unumgängliche Pflicht des preußischen Justizministers. In dem vorliegenden Falle sind längst schon die Grenzen überschritten worden, innerhalb deren die Unabsetzbarkeit eines Richters garantiert wird. Hoffentlich gelangt die Angelegenheit recht bald in der Nationalversammlung und in der preußischen Landesversammlung zur Sprache.

## Französischer Finanzjammer.

Die Sorgen des französischen Finanzministers Klotz sind keinesfalls geringer als die seines deutschen Kollegen Erzberger. Wie dieser, ist auch er schweren Angriffen ausgesetzt, die er mit den Hinweisen, daß Deutschland zahlen müsse, abzuwehren und zu beschwichtigen sucht. Der Pariser Korrespondent des Berner „Bund“ berichtet, die Kammer sei geradezu entsetzt gewesen, als der Finanzminister „für das erste Quartal des nächsten Jahres ein provisorisches Budget von gegen 13 Milliarden unterbreitete“, was das Zehnfache der Ausgaben vor dem Kriege bedeute. Schon vor dem Kriege war die Finanzlage Frankreichs so schlecht, daß man daran dachte, eine große Konsolidierungsanleihe aufzunehmen. Die Ausgaben des Krieges bestritt man durch Anleihen und Vorschüssen der Verbündeten. Schwere Vorwürfe werden jetzt gegen den Staat erhoben, da er „mit einer Fülle von skrupellosen Lieferanten ruinöse Verträge abgeschlossen habe“. Stark kritisiert wurde die Brotpolitik; denn um das Volk in Kriegsstimmung zu halten, wurden Unsummen ausgegeben, den Brotpreis künstlich niederzuhalten. Das führte zu einer „grenzenlosen Vergeudung, da schließlich Brot das billigste Viehfutter wurde.“ Das Land befinde sich in einer Lage, wie „sie die französische Geschichte noch nie gekannt hat“. In dem Einnahmebudget hat man die Zahlungen Deutschlands außerordentlich hoch angesetzt, womit man sich, wie der Korrespondent meint, einer direkten Täuschung schuldig mache. Trotzdem stehe man vor der Notwendigkeit, die Einnahmen durch Steuern zu vervielfachen unter strenger Durchführung und Ausbau der Einkommensteuer und rücksichtsloser Besteuerung der Kriegsgewinne. Die Ausgaben während des Krieges beziffern sich auf 220 Milliarden. In der Kammer erklärte der Finanzminister, Frankreich habe eine dreifache Krise durchzumachen und zwar auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete und in der Verwaltung der Finanzen. Daß aber die Krise in der Kohlenversorgung und dem Verkehrswesen durchaus nicht geringer ist als bei uns, geht aus vielen andern Meldungen hervor.

Auch die Sorgen der Sieger sind nicht geringer als unsere, und wer da glauben sollte, sich seiner Sorgen durch einen Anschluß nach Westen entledigen zu können, käme vom Regen in die Traufe.

## Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

Auf einer Uferhöhe der Ostsee liegt hart am Wasser hingelagert eine kleine Stadt, deren stumpfer Turm schon über ein Halbjahrtausend auf das Meer hinausschaut. Ein paar Kabellängen vom Lande streckt sich quervor ein schmales Eiland, das sie dort den „Warder“ nennen, von wo aus im Frühling unablässiges Geschrei der Strand- und Wasservögel nach der Stadt herübertönt. Bei hellem Wetter tauchen auch wohl drüben auf der Insel, welche das jenseitige Ufer des Sundes bildet, rotbraune Dächer und die Spitze eines Turmes auf, und wenn die Abenddämmerung das Bild verlöscht hat, entzünden dort zwei Leuchttürme ihre Feuer und werfen über die dunkle See einen Schimmer nach dem diesseitigen Strand herüber. Gleichwohl, wer als Fremder durch die auf- und absteigenden Straßen der Stadt wandert, wo hie und da roh gepflasterte Stufen über die Vorstraße zu den kleinen Häusern führen, wird sich des Eindrucks abgeschlossener Einsamkeit wohl kaum erwehren können, zumal wenn er von der Landseite über die langgestreckte Hügelkette hier herabgekommen ist. In einem Balkengestelle auf dem Markte hing noch vor kurzem, wie seit Jahrhunderten, die sogenannte Bürgerglocke; um zehn Uhr abends, sobald es vom Kirchturme geschlagen hatte, wurde auch dort geläutet, und wehe dem Gesinde oder auch dem Haussohn, der diesem Ruf nicht Folge leistete; denn gleich danach konnte man straßab und -auf sich alle Schlüssel in den Haustüren drehen hören.

Aber in der kleinen Stadt leben tüchtige Menschen, alte Bürgergeschlechter, unabhängig von dem Gelde und dem Einfluß der umwohnenden großen Grundbesitzer; ein kleines Patriziat ist aus ihnen erwachsen, dessen stattlichere Wohnungen, mit breiten Beischlägen hinter mächtig schattenden Linden, mitunter die niedrigen Häuserreihen unterbrechen. Aber auch aus diesen Familien mußten bis vor dem letzten Jahrzehnt die Söhne den Weg gehen, auf welchem Eltern und Vorfahren zur Wohlhabenheit und bürgerlichen Geltung gelangt waren; nur wenige ergaben sich den Wissenschaften, und kaum war unter den derzeitig noch studierten Bürgermeistern jemals ein Eingeborener dagewesen; wenn aber bei den jährlichen Prüfungen in der Rektorschule der Probst den einen oder anderen von den Knaben frug: „Mein Junge, was willst du werden?“ dann richtete der sich stolz von seiner Bank empor, der mit der Antwort: „Schiffer!“ herauskommen durfte. Schiffsjunge, Kapitän auf einem Familien-, auf einem eigenen Schiffe, dann mit etwa vierzig Jahren Reeder und bald Senator in der Vaterstadt, so lautete der Stufengang der bürgerlichen Ehren.

Auf dem Chor der von einem Landesherzog im dreizehnten Jahrhundert erbauten Kirche befand sich der geräumige Schifferstuhl für den Abendgottesdienst mit stattlichen Metalleuchtern an den Wänden prangend, durch das an der Decke schwebende Modell eines Barkschiffes in vollem Takelwerke kenntlich. Auf diesen Raum hatte jeder Bürger ein Recht, welcher das Steuermannsexamen gemacht hatte und ein eigenes Schiff besaß; aber auch die schon in die Kaufmannschaft Uebergetretenen, die ersten Reeder der Stadt, hielten, während unten in der Kirche ihre Frauen saßen, hier oben unter den anderen Kapitänen ihren Gottesdienst; denn sie waren noch immer und vor allem meerbefahrene Leute, und das kleine schwebende Barkschiff war hier ihre Hausmarke.

Es ist begreiflich, daß auch manchen jungen Matrosen oder Steuermann aus dem kleinen Bürgerstande beim Eintritt in die Kirche statt der Andacht ein ehrgeiziges Verlangen anfiel, sich auch einmal den Platz dort oben zu erwerben, und daß er trotz der eindringlichen Predigt dann statt mit gottseligen Gedanken, mit erregten weltlichen Entschlüssen in sein Quartier oder auf sein Schiff zurückkehrte.

Zu diesen strebsamen Leuten gehörte Hans Adam Kirch. Mit unermüdlichem Tun und Sparen hatte er sich vom Setzschiffer zum Schiffseigentümer hinaufgearbeitet; freilich war es nur eine kleine Jacht, zu der seine Mittel gereicht hatten, aber rastlos und in den Winter hinein, wenn schon alle anderen Schiffer daheim hinter ihrem Ofen saßen, befuhr er mit seiner Jacht die Ostsee, und nicht nur Frachtgüter für andere, bald auch für eigene Rechnung brachte er die Erzeugnisse der Umgegend, Korn und Mehl, nach den größeren und kleineren Küstenplätzen; erst wenn bereits außen vor den Buchten das Wasser fest zu werden drohte, band auch er sein Schiff an den Pfahl und saß beim Sonntagsgottesdienste droben im Schifferstuhl unter den Honoratioren seiner Vaterstadt. Aber lang vor Frühlingsanfang war er wieder auf seinem Schiffe; an allen Ostseeplätzen kannte man den kleinen, hageren Mann in der blauen, schlotternden Schifferjacke, mit dem gekrümmten Rücken und dem vornüberhängenden dunkelhaarigen Kopfe; überall wurde er aufgehalten und angeredet, aber er gab nur kurze Antworten, er hatte keine Zeit; in einem Tritte, als ob er an der Fallreepstreppe hinauflaufe, sah man ihn eilfertig durch die Gassen wandern. Und diese Rastlosigkeit trug ihre Früchte; bald wurde zu dem aus der väterlichen Erbschaft übernommenen Hause ein Stück Wiesenland erworben, genügend für die Sommer- und Winterfütterung zweier Kühe; denn während das Schiff zu Wasser, sollten diese zu Lande die Wirtschaft vorwärtsbringen. Eine Frau hatte Hans Kirch sich im stillen vor ein paar Jahren schon genommen; zu der Hökerei, welche diese bisher betrieben, kam nun noch eine Milchwirtschaft; auch ein paar Schweine konnten jetzt gemästet werden, um das Schiff auf seinen Handelsfahrten zu verproviantieren; und da die Frau, welche er im Widerspruch mit seinem sonstigen Tun aus einem armen Schulmeisterhause heimgeführt hatte, nur seinen Willen kannte und überdies aus Furcht vor dem bekannten Jähzorn ihres Mannes sich das Brot am Munde sparte, so pflegte dieser bei jeder Heimkehr auch zu Hause einen hübschen Haufen Kleingeld vorzufinden.

In dieser Ehe wurde nach ein paar Jahren ein Knabe geboren und mit derselben Sparsamkeit erzogen. „All wedder 'n Dreling umsünst utgeb'n!“ Dies geflügelte Wort lief einmal durch die Stadt; Hans Adam hatte es seiner Frau zugeworfen, als sie ihrem Jungen am Werktag einen Sirupskuchen gekauft hatte. Trotz dieser dem Geize recht nahe verwandten Genauigkeit war und blieb der Kapitän ein zuverlässiger Geschäftsmann, der jeden ungeziemenden Vorteil von sich wies; nicht nur infolge einer angeborenen Rechtschaffenheit, sondern ebensosehr seines Ehrgeizes. Den Platz im Schifferstuhle hatte er sich errungen; jetzt schwebten höhere Würden, denen er nichts vergeben durfte, vor seinen Sinnen; denn auch die Sitze im Magistratskollegium, wenn sie auch meist den größeren Familien angehörten, waren mitunter von dem kleineren Bürgerstande aus besetzt worden. Jedenfalls, seinem Heinz sollte der Weg dazu gebahnt werden; sagten die Leute doch, er sei sein Ebenbild: die fest auslugenden Augen, der Kopf voll schwarzbrauner Locken seien väterliche Erbschaft, nur statt des krummen Rückens habe er den schlanken Wuchs der Mutter.

Was Hans Kirch an Zärtlichkeit besaß, das gab er seinem Jungen; bei jeder Heimkehr lugte er schon vor dem Warder durch sein Glas, ob er am Hafenplatz ihn nicht gewahren könne; kamen dann nach der Landung Mutter und Kind auf Deck, so hob er zuerst den kleinen Heinz auf seinen Arm, bevor er seiner Frau die Hand zum Willkommen gab.

Als Heinz das sechste Jahr erreicht hatte, nahm ihn der Vater zum ersten Male mit sich auf die Fahrt, als „Spielvogel“, wie er sagte; die Mutter sah ihnen mit besorgten Augen nach; der Knabe aber freute sich über sein blankes Hütchen und lief jubelnd über das schmale Brett an Bord; er freute sich, schon jetzt ein Schiffer zu werden wie sein Vater, und nahm sich im stillen vor, recht tüchtig mitzuhelfen. Frühmorgens waren sie ausgelaufen; nun beschien sie die Mittagssonne auf der blauen Ostsee, über die ein lauer Sommerwind das Schiff nur langsam vorwärtstrieb. Nach dem Essen, bevor der Kapitän zur Mittagsruhe in die Kajüte ging, wurde Heinz dem Schiffsjungen anvertraut, der mit dem Spleißen zerrissener Taue auf dem Deck beschäftigt war; auch der Knabe erhielt ein paar Tauenden, die er eifrig ineinander zu verflechten strebte.

Nach einer Stunde etwa stieg Hans Kirch wieder aus seiner Kajüte und rief, noch halb im Taumel: „Heinz! Komm her, Heinz; wir wollen Kaffee trinken!“ Aber weder der Knabe selbst, noch eine Antwort kam auf diesen Ruf; statt dessen klang drüben vom Bugspriet her der Gesang einer Kinderstimme. Hans Kirch wurde blaß wie der Tod; denn dort, fast auf der äußersten Spitze hatte er seinen Heinz erblickt. Auf der Luvseite, behaglich an das matt geschwellte Segel lehnend, saß der Knabe, als ob er hier von seiner Arbeit ruhe. Als er seinen Vater gewahrte, nickte er ihm freundlich zu; dann sang er unbekümmert weiter, während am Bug das Wasser rauschte; seine großen Kinderaugen leuchteten, sein schwarzbraunes Haar wehte in der sanften Brise. **Fortsetzung folgt.**

# Aus dem Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 10. Januar.

**Zeitungspapier noch teurer.** Trotz der am 1. Januar erfolgten Erhöhung der Papier- und Zeitungspreise sollen die Preise für Zeitungsdruckpapier in kürzester Frist erneut erhöht werden. Außerdem sollen Preisvereinbarungen getroffen werden über die zur Herstellung von Druckpapier erforderlichen Roh- und Halbstoffe. Bei der Erschöpfung der deutschen Holzbestände durch den Kriegsraubbau wird die deutsche Zeitungsindustrie in wachsendem Maße von der Einfuhr von Roh- und Halbstoffen abhängig. Jede weitere Verschlechterung der Valuta wirkt daher katastrophal auf die Preisgestaltung in der Papierindustrie. Man plant daher eine weitere erhebliche Kürzung der Papierzuteilung an die Tageszeitungen.

**Bierpreiserhöhung.** Die Interessenten der Brauindustrie beraten zurzeit über die Festsetzung der Bierpreise für das neue Wirtschaftsjahr, die unter Beibehaltung der bisherigen Staffelung nach der Höhe der Herstellungskosten erhöht werden sollen. Da das Flußwasser noch nicht teurer geworden ist und Bier zurzeit zu 99,99 Prozent aus Flußwasser besteht, scheint uns die Erhöhung der Bierpreise wirklich nicht nötig zu sein.

**Neue Höchstpreise für Benzol.** Die jetzt geltenden durch Bekanntmachung vom 17. Mai festgesetzten Höchstpreise für Benzol und verwandte Körper entsprechen bei den inzwischen erheblich gestiegenen Kohlenpreisen, Arbeitslöhnen usw. nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen. Infolgedessen ist, wie die „P. P. N." von zuständiger Stelle erfahren, durch eine neue Bekanntmachung der Höchstpreise für Benzol von 108 Mk. auf 275 Mk. für 100 Kilo Reingewicht erhöht worden. Gleichzeitig wird die bereits bestehende Beschlagnahmebefugnis erweitert.

**Theoretische Verlotterung und völlige Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur praktischen Regierungskunst, Blüte des Schiebertums, Zerrüttung Deutschland!** So lautet der Schlußsatz eines Artikels des ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen Buchbinderverbandes und ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten in Neukölln, Emil Kloth. Der Inhalt der gesamten Zeilenschinderei des Renegaten entspricht der Schlußprobe. Daß der Federwisch in der Königstraße begeistert aufgefangen wurde, ist selbstverständlich, denn von vergiftetem Honig leben die „Lübeckischen Anzeigen", das Amtsblatt der Freien und Hansestadt Lübeck, nur.

**Ausgabe von verbilligtem Koks!** Das Landesversorgungsamt ist in der Lage, aus noch vorhandenen Vorräten auf die Feuerungskarte F Koks zu verbilligtem Preise an bestimmte Kreise der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere an **Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Angehörige von Kriegsgefangenen, kinderreiche Familien und bedürftige Rentenempfänger,** abzugeben. Die Ausgabe der Bezugsausweise ist vom Landesversorgungsamt dem Wohlfahrtsamt übertragen. Alles Nähere ergibt die Bekanntmachung in der heutigen Nummer.

**Schöffengericht.** Ein Brotkartenhändler stand wiederum am Donnerstag vor Gericht. Es war der Arbeiter Gr. dem zur Last gelegt wird, Reisebrotmarken gekauft und verkauft zu haben. Er will nur 20 Bogen Reisebrotmarken gekauft und davon einige ohne Preisaufschlag weiterverkauft, den Rest aber selbst verbraucht haben. Obgleich das Gericht an der uneigennützigen Handlungsweise des Angeklagten Zweifel hegt, so konnte ihm aber ein gewerbsmäßiger Handel mit Brotmarken nicht nachgewiesen werden. Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe. — Doppelte Lebensmittel versuchte sich der Arbeiter A. dadurch zu verschaffen, daß er die Lebensmittelkarten seiner von ihm fortgegangenen Haushälterin für sich mitverwendete. Der Angeklagte will der Meinung gewesen sein, seine Haushälterin würde schon in den nächsten Tagen nach ihrem Fortgange wieder zurückkehren. Sie blieb aber zwei Wochen aus und der Angeklagte benutzte für diese Zeit ihre Lebensmittelkarten für sich. Das Gericht betrachtete die Sache milde und erkannte auf eine Geldstrafe von 3 Mk. Der Strafbefehl, gegen den der Angeklagte Einspruch erhoben hatte, lautete auf 30 Mk. Die Strafe fiel also wesentlich geringer aus. — Wegen Nichtanmeldung eines Schweines hatte der frühere Landmann P. einen Strafbefehl erhalten, der neben Geldstrafe auch auf Einziehung des Schweines lautete. Der Angeklagte hat sein Grundstück mit allem Viehbestand im Sommer verkauft und nachträglich ein Schwein von dem neuen Besitzer wieder zurückgekauft. Dieses Schwein war aber weder von dem alten noch von dem neuen Besitzer angemeldet worden. Erst am Tage nach einer Revision erfolgte die Anmeldung durch den Angeklagten. Angeblich will er aber auch das Schwein erst am Tage vor der Anmeldung erworben haben. Das Gericht verurteilte P. zu 200 Mk. Geldstrafe. Auf Einziehung wurde nicht erkannt, da eine Verheimlichung des Schweines nicht mit Sicherheit festgelegt werden konnte. — Einen teuren Rausch hatte sich der Arbeiter K. angetrunken. Die Sache kommt ihm aber noch teurer, denn das Gericht verurteilte den Angeklagten, der wegen Trunkenheit und Erregung öffentlichen Aergernisses mehrfach vorbestraft ist, wegen desselben Vergehens zu einer Geldstrafe von 80 Mark. — Wegen Diebstahls hatten sich der Arbeiter D. und Frau St. zu verantworten. Sie hatten eines Tages in einer Wirtschaft Geburtstag gefeiert und gemeinsam mit einem Händler und anderen Gästen 7 bis 8 Flaschen Kümmel getrunken. Als sie vollständig besoffen waren, schliefen alle drei in einem Bett in der Wohnung der S. ihren Rausch aus. Für den Händler folgte ein trübes Erwachen, denn seine Brieftasche, die vorher etwa 800 Mark enthielt, war bis auf einige Mark geleert worden. 200 bis 300 Mark glaubt er verzehrt zu haben und etwa 500 Mark seien ihm gestohlen worden. Bei der Haussuchung, die ein Kriminalbeamter bei den Angeklagten vornahm, wurde etwas Geld gefunden, welches die Angeklagten nicht als ihr Eigentum anerkennen. Beide bestreiten den Diebstahl. Sie wurden freigesprochen, da nicht festgestellt werden konnte, wer das Geld gestohlen hatte. — Einen Ballen Leinen gestohlen hatten zwei junge Burschen B. und G. aus einem Eisenbahnwagen. Obgleich beide Angeklagte schon vorbestraft sind und das Gericht die Tat als schweren Diebstahl betrachtete, andererseits auch betonte, daß Güterberaubung scharf bestraft werden müsse, so ließ es doch wegen der Jugend der Angeklagten Milde walten und verurteilte G. zu 3 Monaten und B. zu 2 Monaten Gefängnis.

**Prämiierungswesen auf gewerblichen Ausstellungen.** Für das Prämiierungswesen auf gewerblichen Ausstellungen in Preußen hat sich das preußische Gesamtministerium auf die Festlegung von gewissen Grundsätzen über Art und Verteilung der Preise, Wirksamkeit des Preisgerichtes, Mitwirkung der Handels- oder Handwerkerkammern usw. geeinigt, die im preußischen Ministerialblatt der Handels- und Gewerbe-Verwaltung erschienen sind. Interessenten können diese Grundsätze in der Kanzlei der Handelskammer einsehen.

**Kino-Sperre.** Man schreibt uns: Wir weisen die Oeffentlichkeit auf unsere Flugblätter des Zentralverbandes der Film- und Kino-Angehörigen Deutschlands hin. Die Bekanntmachung wurde notwendig durch die Art und Weise, wie die Inhaberin des Neuen Lichtspiel-Theaters gegen den Verband arbeitet. Vor dem Schlichtungsausschuß erklärten sich die Theaterbesitzer bereit, nur organisiertes Personal einzustellen. Trotz alledem machte Frau Mest nach dem Abschluß eine Ausnahme. Kürzlich ereignete sich ein Vorfall, den wir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Einer unserer Kollegen war Besucher im Neuen Lichtspiel-Theater und benutzte die Gelegenheit, die Kontrolleurinnen auf den Verband aufmerksam zu machen. Die Frauen erklärten sich bereit, dem Verband beizutreten. Unsere Aufforderungen, die wir per Post oder Boten ins Theater sandten, ist den Frauen nie zu Gesicht gekommen. Als Frau Mest erfuhr, daß die Frauen dem Verband beitreten wollten, entließ sie diese Knall und Fall. Es sind noch viele ähnliche Sachen vorgefallen, von deren Veröffentlichung wir vorläufig Abstand nehmen. Wir bitten das Publikum, uns bei der kommenden Sperre zu unterstützen.

Zentral-Verband der Film- und Kino-Angehörigen Deutschlands.
Ortsgruppe Lübeck.

**Kirchliche Ummeldungen und Wahlberechtigung.** Man schreibt uns: Unter den vorgesehenen Neuordnungen auf kirchlichem Gebiet ist außer der Bestimmung, daß alle volljährigen (d. h. solche, die das 21. Lebensjahr vollendet haben) männlichen und weiblichen Gemeindeglieder das Stimmrecht erhalten, von besonderer Bedeutung, daß bei den Wahlen in den Kirchenvorstand nicht nur die in dem betreffenden Kirchspiel wohnenden Gemeindemitglieder (die sogenannte Lokalgemeinde) wählen, sondern auch die wählen können, welche sich aus einem andern Kirchspiel zu einem Geistlichen dieser Kirche umgemeldet haben (Personalgemeinde). Dabei ist zu beachten, daß zu dieser Personalgemeinde nicht schon die zu rechnen sind, die sich für eine einzelne Amtshandlung wie z. B. Trauung oder Beerdigung zu einem andern Geistlichen als dem ihres Bezirkes abgemeldet haben, sondern nur die, welche diese Ummeldung für ihr ganzes kirchliches Verhältnis vollzogen und sich ganz zu diesem Geistlichen und zu dieser Kirche rechnen. Besonders zu beachten ist, daß diese Ummeldung vor dem 20. Januar vollzogen sein muß, um die Berechtigung zur Teilnahme an der bevorstehenden Vorstandswahl zu erhalten. Wer also diese Ummeldung noch nicht vorgenommen hat, bei den bevorstehenden Vorstandswahlen aber sein Wahlrecht nicht in seiner Lokalgemeinde, sondern bei der Kirche, zu der er sich tatsächlich hält, auszuüben wünscht, besorge unverzüglich unter Angabe von Namen, Stand und Wohnung die Ummeldung bei dem Küster seiner Lokalgemeinde.

**Volksbund Deutsche Kriegergräberfürsorge.** Wie in anderen Ländern ist auch im Deutschen Reiche ein Volksbund gegründet worden, der im Zusammenwirken mit den Behörden und mit gleichstrebenden Verbänden die Zwecke verfolgt: Herrichtung, Schmuck und Pflege der Kriegsgrabstätten im Reichsgebiet und der deutschen Kriegsgrabstätten im Auslande dem Volksempfinden entsprechend zu fördern; den Angehörigen der Gefallenen und Verstorbenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge behilflich zu sein und die zwischenstaatliche Fürsorge für die Kriegsgräber auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu betreiben. Die zuständigen Reichszentralbehörden billigen die im Einvernehmen mit ihnen errichtete Satzung und erklärten, daß sie zu gemeinsamer Arbeit auf dem Gebiete der Kriegsgräberfürsorge nur den „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge" anerkennen würden. Der Volksbund will das ganze deutsche Volk zu tätiger Mitarbeit zusammenschließen, damit die hohen Aufgaben im Sinne aller erfüllt werden. Führer aller Volksschichten, der Geistlichkeit, der Künstlerschaft, der großen Körperschaften, der Städte und einflußreiche Persönlichkeiten aus allen deutschen Landen bilden den Verwaltungsrat des Volksbundes. In den Vorstand wurden u. a. auch gewählt: P. Graßmann (2. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). Weitere Auskunft gibt der „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge", Berlin NW. 87, Zwinglistraße 39.

**Kapital- und Zinszahlungen in Mexiko.** Eine von amtlicher Seite ausgearbeitete Tabelle über Rückzahlung von Kapitalien und Zinsen nach dem mexikanischen Gesetz vom 13. April 1918 kann in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden.

**363 Gewerbeanmeldungen** sind im 4. Vierteljahr 1919 beim Polizeiamt gemacht. Es sind darunter 24 Obst- und Gemüsehändler, 22 Schankwirte, 7 Schankwirtinnen, 10 Gastwirte, 21 Kaufleute, 17 Tabak- und Zigarrenhändler, 16 Tischler usw.

**Reichsgesetzliche Unfallversicherung der Kraftwagenführer, Kutscher, Bootsleute und des Hilfspersonals, wie Wagenwäscher, Pferdepfleger, Dienstboten usw.** Die Besitzer von Kraftwagen, Pferdefuhrwerken, Reitpferden, Wasserfahrzeugen (Ruder-, Segel-, Motorbooten) werden darauf hingewiesen, daß sie auf Grund der Reichsversicherungsordnung verpflichtet sind, ihre Angestellten zur reichsgesetzlichen Unfallversicherung anzumelden. Es handelt sich hier um solche Fahrzeug- und Reittierhaltungen, die nicht als Bestandteile eines landwirtschaftlichen oder industriellen Betriebes bereits bei der landwirtschaftlichen oder einer gewerblichen Berufsgenossenschaft versichert sind. Neben den reinen Privatfahrzeug- und Reittierhaltungen kommen hiernach die Kraftwagen-, Fuhrwerks- und Reittierhaltungen der Aerzte, Tierärzte, Geistlichen, Amtspersonen sowie der verschiedenen Kleingewerbetreibenden (Pferde, Vieh-, Kohlen-, Milchhändler, Bäcker usw.) in Betracht, deren Gewerbe über den Umfang des Kleinbetriebes nicht hinausgeht und die deshalb nicht Mitglied einer gewerblichen Berufsgenossenschaft sind. Ferner sind versicherungspflichtig die Kraftwagen- und Gespannhaltungen der Gemeinden und Kommunalverbände, soweit die Fahrzeuge nicht in versicherungspflichtigen gewerblichen Betrieben oder zu Lohnfuhren verwendet werden. Ebenso unterliegen die Fahrzeughaltungen gemeinnütziger Unternehmungen (Vereine, Stiftungen und dergl.) der Versicherungspflicht. Für die Zwangsunfallversicherung aller bei derartigen Fahrzeug- und Reittierbetrieben beschäftigten Personen ist die Berufsgenossenschaft Nr. 68 (Versicherungsgenossenschaft der Privatfahrzeug- und Reittierbesitzer Berlin SW. 11, Kleinbeerenstr. 25) zuständig. Der Versicherungspflicht unterliegen nicht nur die ständig beschäftigten Kraftwagenführer, Kutscher, Bootsleute, sondern auch solche Personen, die nur lose und wenig Arbeitsleistungen an den Wagen oder bei den Pferden verrichten, wie z. B. Wagenwäscher, Kurbeljungen, Puzer, Pferdepfleger, Mitfahrer, Dienstboten usw. Da die unterlassene oder nicht rechtzeitig erfolgte Anmeldung mit empfindlichen Geldstrafen geahndet werden kann, so liegt es im eigensten Interesse der Besitzer von Fahrzeugen und Reittieren usw. die Anmeldung unverzüglich zu bewirken. Diese hat beim Versicherungsamt, Untertrave 106, und zwar für die Halter von Fahrzeugen usw. in den Landgemeinden am zweckmäßigsten durch Vermittlung der Gemeindebehörde des Wohnortes zu erfolgen.

**Arbeiterbildungsverein.** Am Sonntag, dem 11. Januar findet im Gewerkschaftshause, 10 Uhr vormittags, eine Vorstandsversammlung des Arbeiterbildungsvereins statt. Wichtige Tagesordnung!

**Das Landesversorgungamt** macht im Inseratenteil die Wochenrationen bekannt.

**Volkstümliches Konzert.** Im 11. Konzert, das die Ueberschrift „Klassischer Abend" trägt, wird auf vielfachen Wunsch Gretrys Ballettsuite in der Bearbeitung von Felix Mottl wiederholt werden. An der Spitze des Abends steht Bachs Suite in D-Dur mit der durch die Bearbeitung für Sologeige besonders bekannt gewordenen Air. Die zweite Abteilung umfaßt Mozarts Es-Dur-Sinfonie (Schwanengesang) und Beethovens Ouvertüre zu „Egmont".

**Hansa-Theater.** Sonntag nachmittag 2½ Uhr wird die beliebte Kalmansche Operette „Die Czardasfürstin" mit voller Besetzung bei kleinen Preisen von 4 bis 1 Mk. aufgeführt. Kinder unter 10 Jahren haben zu dieser Vorstellung keinen Zutritt. Sonntag abend geht auf vielfachen Wunsch nochmals „Die lustige Witwe" mit Hans Bachmann als Danilo in Szene.

---

# Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

Schluß. (Nachdruck verboten.)

Gegen Abend hatte er das auf halber Höhe des Bergrückens gelegene Waldrestaurant erreicht. Auf der Terrasse waren noch die Tische gedeckt, Gäste saßen nicht mehr draußen. Als Horstmann Platz genommen hatte, kam ein Kellner.

„Wünschen Sie vielleicht ein Gläschen Bier?"

Da Horstmann nicht gleich antwortete, sondern unverwandt die Brücke anschaute, trat der Kellner hinter ihn und sagte nach einer Pause.

„Großartig, nicht wahr?"

Der Ingenieur nickte.

Jenseits des Berges ging die Sonne unter, zuerst verschwand sie hinter einer blauen Wolkenwand, aber gleich darauf glühte sie als Feuerkugel aus den schartigen Rändern hervor, und zugleich flammten die bis dahin grauen Eisenkonstruktionen auf, als wenn tausend goldene Flammen einander kreuzten. Es war ein Flimmern und Glühen, weit über die von den breiten Feuerströmen übergossenen Waldkronen hin.

„Sie sind wohl hergekommen, um sich unsere Brücke anzusehen?" sagte der Kellner wieder. „Originell ist sie ja, das muß man ihr lassen. . . . Also ein Gläschen Bier, nicht wahr?"

„Ja, ein Glas Bier und was zu essen."

„Wenn Sie länger bleiben wollen, gehen Sie doch lieber hinein. Da sitzen Sie doch gemütlicher."

Horstmann warf einen Blick auf die Tür — er kannte sie so gut, er kannte auch den großen Festsaal.

„Ich bleibe hier."

Der Kellner kam wieder mit dem Bier und der Speisenkarte. Horstmann bestellte ein Butterbrot. Aber schon nach dem ersten Bissen verlor er den Appetit. Während der Gast aß, fühlte sich der Kellner veranlaßt, auf der Terrasse auf und abzugehen und sich seinen spärlichen Kinnbart zu kratzen, indem er von Zeit zu Zeit nachdenklich den einsamen Gast anschaute. Als dieser den Teller beiseite geschoben hatte und mit aufgestütztem Kopfe in das Tal hinunterjah, kam er wieder an seinen Tisch heran.

„Wenn Sie sich mal die Brücke von unten ansehen wollen, brauchen Sie nur diesen schmalen Weg entlang zu gehen. Da können Sie sich überzeugen, wie hoch sie eigentlich ist. Von hier aus sieht sie ja noch garnichts aus. Aber sie hat doch gut ihre vierhundert Fuß Höhe und dreihundert Fuß Länge."

„Ich weiß," murmelte Horstmann.

„Vielleicht nehmen Sie sich eine Photographie mit. Ausgezeichnete Aufnahmen vom besten Elberfelder Photographen, Fünfe — wenn Ihnen der Name bekannt ist. Ich will Ihnen mal ein paar zeigen."

„Danke! Ich kenn das alles . . . Bringen Sie mir lieber ein paar Zigarren."

Der Kellner kam wieder und brachte zwei Kisten zur Auswahl. Nachdem Horstmann eine Zigarre angesteckt hatte, stützte er den Arm auf und starrte von neuem die dunkler werdende Eisenkonstruktion an.

„Viele Millionen hat sie gekostet," sagte der Kellner im Vorübergehen.

Der Ingenieur nickte und rauchte weiter.

Der Talgrund lag jetzt schon in grauer Finsternis. Die Mühle mit ihrem verfallenen Moosdach war kaum noch zu sehen. Ueber dem Wasser bildeten sich Nebel, die sich langsam von wallenden Flocken zu einem weißen, langen Schleier verdichteten. Am Geländer der Brücke flammten nach und nach Laternen auf.

„Zwei Jahre haben sie daran gebaut. Ueber vierhundert Arbeiter! Während der ganzen Zeit ist nicht der kleinste Unglücksfall passiert."

„Wer hat denn die Brücke gebaut?" fragte Horstmann.

Einen Augenblick besann sich der Kellner. Dann erwiderte er: „Der Staat."

Nachdem Horstmann bezahlt hatte, ging er den vom Kellner bezeichneten Weg hinunter, der durch tiefen Buchenwald führte, bis er ans Ufer der Wupper kam. Hier setzte er sich nieder, gegen die eiserne Wand des Brückenpfeilers gelehnt. Ueber ihm wölbte sich der eiserne Bogen. Er atmete tief auf in dem Gefühl, daß er an die Stätte gekommen war, wo sein von Groll und Haß und Furcht ermüdetes Herz Frieden fand. Er lehnte den Kopf noch fester an. Es war ihm, als müsse er mit der Hand gegen das Eisen klopfen, wie man einem alten, braven Freunde auf die Schulter klopft.

In einer einfachen, großen Linie wie der Bogen, der sich über seinem Haupt wölbte, lag sein Leben vor ihm ausgebreitet. Jetzt, wo es zum Abschluß gekommen war, hatte er keinen Groll mehr. Von dort, wo aus der Höhe ärmliche Lichter blinkten, war er ausgezogen zur mühseligen Wanderschaft voller Wechselfälle und Schicksale. Alles hat sich nicht so erfüllt, wie sein Traum es sich gedacht hatte. Aber das Beste war ihm doch beschieden gewesen. Er hatte wacker die Hände rühren dürfen, und die Spuren seines Wirkens vergingen nicht mit seinem Tode. Mochte man sich seines Namens erinnern oder nicht.

Unter ihm rauschte der Fluß, die Sterne blinkten, ein schwaches Säuseln durchschauerte manchmal die zarten Blätter. Er dachte an längst vergangene Zeiten. Kleine Einzelheiten fielen ihm ein aus seinen Kinderjahren, als er hier mit der Angelrute am Wasser gesessen hatte und später, als er ein herumstromernder Arbeitsbursche gewesen war.

In diesen Gedanken hätte er die ganze Nacht sitzen und träumen können. Aber als der Mond aufging, fiel ihm ein, daß es Zeit war, den letzten Weg anzutreten.

Es ist eine alte Beobachtung, daß sich die Selbstmörder am liebsten die Werkzeuge ihres Handwerks aussuchen, um sich aus dem schal gewordenen Diesseits in ein unbekanntes Land zu befördern. Der Kutscher nimmt die Peitschenschnur, um sich daran aufzuhängen, der Barbier benutzt sein Rasiermesser. Es ist eine letzte Ehre, ein letztes Vertrauen, das jeder seinem Handwerk zollt. Horstmann hatte beschlossen, daß ihm die Lokomotive diesen letzten Liebesdienst erweisen sollte.

Langsam, da er wußte, daß er sich noch Zeit nehmen könnte, klomm er den steilen Bergrücken hinan. Bei jedem Schritt kamen ihm Erinnerungen an Vater und Mutter, an Kameraden. Er hatte den Bahndamm erreicht und schritt nun behutsam dem Gleise nach bis auf die Mitte der Brücke. Dann setzte er sich nieder.

Plötzlich, bei dem Gedanken an seinen Tod, fiel ihm Annas Ende ein, und er fühlte die wilden Schmerzen wieder erwachen. Wieder stand das Bild Halledets vor seinen Augen, und wenn das Leben ihn einen Wunsch unerfüllt gelassen hatte, so war es der, daß er ihn nicht mit der Faust niedergeschlagen hatte. „Du Schuft! Du Hund!" murmelte er und ballte die Hände, in denen die Adern schwollen.

Aber da hörte er plötzlich aus weiter Ferne einen schwachen Pfiff. Gleich darauf war alles still. Er richtete sich auf. Den Hut nahm er ab, der Wind spielte mit seinem weißen Haar. Mit weit aufgerissenen Augen spähte er in die Nacht. Ganz fern am Rücken des Berges sah er zwei glühende Punkte. Standen sie still? Bewegten sie sich? War es die erwartete? Da tönte der Pfiff noch einmal voller und stärker. Ihn durchrieselten brünstige Schauer, während er diesen Tönen lauschte, die ihm süßer und schöner klangen, als das hellste Lied einer Sängerin. Nun hörte er das Rollen der Räder, das sich weithin über die Schienen fortpflanzte. Er hatte eine Stelle zwischen zwei Laternen aufgesucht, wo es am dunkelsten war. Die beiden Augen kamen näher, weite Lichtstreifen auf die Eisenstränge werfend. Immer stärker das Brausen in der Luft, von fernem Rauschen zu betäubendem Donner anschwellend. Horstmann hatte sich erhoben und taumelte vorwärts, die Arme wie zum Willkomm ausgebreitet. Er wußte nicht mehr, was er tat. Ein Schauer hatte ihn überwältigt, wie damals vor vielen, vielen Jahren als die Eisenkolosse zum ersten Male an ihm vorbeigerast waren. Und nun ein Aufschrei, der ihm durch Mark und Bein ging. Ganz nah gleich riesigen Sonnen die blendenden Lichter. Jetzt schnaubte das eiserne Tier heran. Er warf sich auf die Knie. Da im letzten Augenblick schrie es noch einmal auf, markerschütternd, drei, vier Schreie hintereinander, wie ein lebendiges Wesen, das sich vor Entsetzen aufbäumt. Aber die Räder nahmen unaufhaltsam ihren Lauf und zermalmten den, der darunter lag.

# Aus dem Parteileben.

**Ein sozialistischer Gemeinderat in St. Quentin.** Die während des Krieges fast gänzlich zerstörte Stadt St. Quentin hat einen rein sozialistischen Gemeinderat mit einem sozialistischen Bürgermeister an der Spitze gewählt. Diesem liegt eine außerordentlich schwierige Aufgabe ob, da von den 8000 Häusern der Stadt alle beschädigt und nur 3000 als wiederherstellbar bezeichnet werden. In seiner ersten Sitzung beschloß der Gemeinderat, die Hauptstraße der Stadt nach Jean Jaures zu benennen.

**Die Attentate im Bayerischen Landtage.** Unser Münchner Parteiverlag G. Birk & Co. hat den Bericht des Prozesses gegen Aloys Lindner und Genossen nebst einer aktenmäßig belegten Vorgeschichte, welche die Entwicklung des bayerischen Staates von der Revolution bis zur Auseinandersprengung des Landtages schildert, als Broschüre herausgegeben. (Preis 1,60 Mk.) Das Studium des Prozeßberichtes gibt die unerschütterliche Gewißheit, daß die Auseinandersprengung des bayerischen Landtages eine vorbereitete und planmäßig ins Werk gesetzte Tat war.

# Arbeiterbewegung.

**Der Streik im Versicherungsgewerbe** hat sich auf Stettin, Magdeburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Mannheim und Stuttgart ausgedehnt. In Berlin haben die Versicherungsgesellschaften zu scharfen Gegenmaßnahmen gegriffen. Allen am Streik teilnehmenden Angestellten wurde am Freitag die schriftliche Kündigung zugestellt, wonach sie fristlos entlassen sind, wenn sie nicht am Montag die Arbeit aufgenommen haben. Die Versicherungsgesellschaft „Nordstern" hat den Angestelltenausschuß unter Anwendung des Hausrechtes aus ihrem Gebäude verwiesen und ihn gleichzeitig für sofort entlassen erklärt. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten-Verbände, die sich bisher passiv verhalten hatten, haben den Arbeitgeberbund in Form eines Ultimatums aufgefordert, sich bis Donnerstag abend 6 Uhr zu entscheiden, ob er zur Aufnahme von Verhandlungen bereit sei. Inzwischen hat aber bereits der Schlichtungsausschuß Groß-Berlins einen Schiedsspruch gefällt. Der Vertreter der Arbeitgeber erklärte, daß ein Ortstarif Berlin für die Versicherungsangestellten noch nicht bestanden habe, er es deshalb ablehnen müsse, für die Arbeitgeber den weiteren Verhandlungen beizuwohnen. Infolgedessen machte das Schiedsgericht von § 27, der besagt, daß das Schiedsgericht auch in Abwesenheit einer Partei verhandeln kann, Gebrauch und fällte seinen Spruch. Dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen wurde aufgegeben, spätestens bis Sonnabend, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages und die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe einzutreten. Als Grundlage hierfür werden neben dem Reichstarif sämtliche von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden eingereichten oder noch einzureichenden Forderungen und Anträge zugelassen. Alle der Zentralarbeitsgemeinschaft gewerblicher oder industrieller Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände Deutschlands angeschlossenen Angestelltenorganisationen sind als verhandlungsberechtigte Vertreter anzuerkennen. Um 3 Uhr sollen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß beginnen. Den Angestellten wurde aufgegeben, beim Zustandekommen der Verhandlungen am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn die Verhandlungen nicht zustande kommen, weil Vertreter der Arbeitgeber fehlen, oder wenn sie erscheinen, sie nicht verhandeln wollen, ist der Schlichtungsausschuß der Auffassung, daß der aus der Fortdauer des Streiks ab Montag sich ergebende Lohnausfall von den Versicherungen zu tragen ist.

**Kein Streik unter den Berliner Brauereiarbeitern.** Die Nachricht der „Post", daß unter den Berlinere Brauereiarbeitern zum Streik gehetzt werden, ist, wie die „P. P. N." erfahren, durch die Tatsachen überholt. In den Betrieben hat am Montag und Dienstag eine Abstimmung über den Streik stattgefunden, in der die für den Streik erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Infolgedessen wird in allen Betrieben weitergearbeitet.

**Die deutschen Gewerkschaften am Jahresschluß.** Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" gibt in seinem Jahresrückblick für 1919 über das Anwachsen der Gewerkschaften folgenden Aufschluß: „Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Befriedigung zurückblicken. Mit 1,6 Millionen Mitgliedern begannen sie ihren Wiederaufstieg, und am Jahresschluß erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwickelung war geradezu eine stürmische. Bereits Ende Januar war die Mitgliederhöhe der Vorkriegszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifellos können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andere Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber diese werden nur in dem Maße organisationsreif, als sich das Wirtschaftsleben wieder erstarkt. Auch die Millionen Arbeitnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Immerhin wurde von Mite August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die siebente Million von Mitgliedern hinzugefügt. Auch heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen, und wenn es auch langsamer vorwärts geht, als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten. Von den 52 Gewerkschaften zählten 12 über 100 000 Mitglieder; sie vereinigen mit insgesamt 5,91 Millionen etwa 82 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Zehn weitere Verbände zählen über 50 000 bis 90 000 Mitglieder. Mit 710 000 Mitgliedern umfassen sie etwa 10 Prozent der Gesamtzahl. Die restlichen 500 000 Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen 17 Verbände zwischen 10 000 und 48 000 und 13 weniger als je 10 000 Mitglieder zählen."

# Reich und Ausland.

**Dummejungenstreiche.** Am Donnerstag abend drang eine meist aus halbwüchsigen Burschen bestehende Menge in die Konditorei Aschinger in der Brunnenstraße in Berlin ein und bemächtigte sich dort der vorhandenen Vorräte. Unter dem Rufe: „Nieder mit Noske!" zog der Trupp weiter und versuchte verschiedentlich Straßenbahnwagen anzuhalten. In der Schönhauser Allee drang der Haufen in die Restaurationsräume der Brauerei Königstadt ein, von wo er durch die Sicherheitswehr ohne Anwendung der Waffen vertrieben wurde.

**Ein achtjähriger Schachmeister.** Der achtjährige Rcescewski hat bei dem Simultanspiel am Donnerstag in Berlin von 22 Partien 19 gewonnen, drei endeten Remis.

**Explosion eines Benzintanks.** Auf dem Gelände des Proviantamts in der Paulstraße in Berlin explodierte ein Benzintank. 5 Personen wurden schwer, 2 leicht verletzt. An dem Aufkommen der schwerverletzten Personen wird gezweifelt.

**Schieber.** Durch die in Magdeburg erfolgte Verhaftung eines vielfach bestraften Menschen namens Goerz, der sich auch Rosenfeld nennt, ist man einer über ganz Deutschland verzweigten Verbrecherbande auf die Spur gekommen. Diese befaßte sich in verschiedenen Städten systematisch damit, Zigarren und Zigaretten unter der Angabe und unter schriftlichen Beweisen zu erschwindeln, es geschehe im Auftrage des Kriegsministeriums. Durch das Geständnis des Verhafteten sind auch einige Angestellte des Kriegsministeriums schwer belastet.

**Die schwarzen Pocken.** In Eichke bei Bochum sind die Pocken wieder in großem Umfange aufgetreten. Eine Reihe von Häusern mußte gesperrt werden.

**Zwei Brüder durch Starkstrom getötet.** Die Gebrüder Alois und Wilhelm Hiel in Bottrop wollten auf einer kleinen Karre Kohlen von der Zeche „Prosper" nach Hause fahren. Als sie einen Wassergraben überquerten, in dem eine Starkstromleitung lag, wurde der zwölfjährige Wilhelm Hiel vom Strom getroffen. Sein Bruder, der ihm zu Hilfe eilen wollte, hatte dasselbe Schicksal. Beide wurden getötet. Ein dritter Bruder war Zeuge des schaurigen Vorganges.

**Eine dramatische Hinrichtung.** Der französische Soldat René Saumureau, der im Oktober 1915 an der Front von Sauchy seinen Sergeanten Sarda nach einem Streit durch einen Revolverschuß verletzt hatte, ist dieser Tage auf dem Zolygon von Le Mans durch die Kugel hingerichtet worden. Saumureau hatte das Urteil gelassen aufgenommen und war auch am Tage der Hinrichtung durchaus ruhig. Im letzten Augenblick, als das Exekutionskommando ihm bereits gegenüberstand, erhob er jedoch beide Arme und rief mit schallender Stimme: „Nieder mit Frankreich! — Es lebe Deutschland!" — Jetzt wird der Durchschnittsfranzose überzeugt sein, daß die Hinrichtung durchaus am Platze war.

# Vermischtes.

**Eine echt „treudeutsche" Gesinnung** legt das folgende Inserat an den Tag, das im antisemitischen „Hammer" veröffentlicht wird:

„Welcher wahrhaft edle Deutsche stiftet einem elternlosen, in großer Not befindlichen treudeutschgesinnten Stud. der ev. Theol., Vizew. d. R., 4 Jahre im Felde, zur Fortführung des Studiums seine Vermögensabgabe ganz oder zum Teil, die doch nur dem jüd. Ententegroßkapital zufließt? Angebote unter . . . ."

Also hier verlangt ein „Treudeutschgesinnter", daß ein gleichgesinnter alldeutscher Kriegsgewinnler zu seinen Gunsten die Steuerabgabe aus seinem Kriegsgewinn verschiebt. Den übrigen Steuerzahlern wird angesonnen, die Forderungen des „jüdischen" Ententegroßkapitals zu befriedigen, die durch die alldeutsche Kriegshetze verschuldet worden sind. Es geht doch nichts über die alldeutsch-völkisch-antisemitische Gesinnungstüchtigkeit!

**Es gibt keine Mormonen mehr.** Wenn man bisher für einen mehr als eine Ehehälfte begehrenden Mitbürger das Wort „Mormone" zur Hand hatte, so wird man nun nach einem anderen Ausdrucke suchen müssen, um die Neigung zur Vielweiberei zu kennzeichnen. Die Mormonen haben nämlich die Sitte, mehrere Frauen zu nehmen, wegen deren sie so berühmt oder berüchtigt waren, abgeschafft, und niemand darf in Utah noch mehr als eine Frau sein eigen nennen. Wenigstens behauptet dies James Gunn Mokay, der Präsident der „Christlichen Kirche der Tage der letzten Heiligen", der in England gegenwärtig die mormonische Bewegung organisiert. Er erklärt, daß die Mormonen sich in der letzten Zeit außerordentlich ausgebreitet haben. Ein Tempel wurde in Hawai eröffnet, und demnächst wird ein Tempel der Mormonengemeinde in der kanadischen Stadt Alberta eingeweiht. Die Vorstellungen, die man sich von den Mormonen mache, seien ganz falsch, ihre Aufgabe in der Welt bestehe darin, „für Reinheit in körperlicher, geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht zu kämpfen." Besonders entschieden wandte sich der Mormonenpräsident gegen die Behauptung der Vielweiberei. Kein Mann, der der mormonischen Kirche angehöre, dürfe mehr als eine Frau haben, und falls sich jemand in Utah finden sollte, der dieses Gebot übertrete, so würde er sehr rasch im Gefängnis sitzen. „Das Prinzip der Vielweiberei, das früher bei uns herrschte," erklärte Mokay, „hat sein Ende erreicht und ist vollkommen abgeschafft. Wir haben eine Summe von 200 Pfund für denjenigen bestimmt, der uns einen authentischen Fall von Vielweiberei unter den Mormonen nachweist. Bisher ist aber noch kein Anspruch auf diese Summe erhoben worden, und niemand wird imstande sein, sich das Geld zu verdienen."

**Bergarbeiterstreik wegen — Weltuntergangs.** Die Bergarbeiter von Miami in den Vereinigten Staaten dürfen für sich beanspruchen, aus einem Grunde gestreikt zu haben, der in der Streikgeschichte aller Länder geradezu einzig dasteht. Als nämlich der amerikanische Astronom Porta für den 18. Dezember den Untergang der Welt voraussagte, erklärten die Grubenarbeiter von Miami, an diesem Tage nicht einfahren zu wollen, denn wenn schon einmal die Welt untergehen sollte, so wollten sie wenigstens das Ende auf der Oberfläche der Erde und nicht unter Tage erleben. Ueberhaupt scheinen die Voraussagungen des Professors Porta, den übrigens die Universität Michigan jetzt energisch von sich abschüttelt, wenn man den amerikanischen Blättern Glauben schenken darf, in den Köpfen der Yankees allerhand bedenkliche Verwirrungen angerichtet zu haben. So ließ sich ein Farmer aus West-Salem von zwei Individuen einen reservierten Platz für das Weltenende aufschwatzen, und verlangt jetzt bei der Polizei in Cleveland energisch sein Geld zurück. Besonders aus den Südstaaten werden die merkwürdigsten Dinge berichtet. In Süd-Karolina ließen Tausende von Negern ihre Arbeit in Stich, um Gebetsversammlungen abzuhalten und sich die ganze Nacht hindurch auf das jüngste Gericht vorzubereiten. Hunderte von abergläubischen Weißen schlossen sich den Negern bei diesem merkwürdigen Tun an.

# Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

In seinem Ausblick auf das Jahr 1920 zeichnete Herr Stave unsere wirtschaftliche Not in den düstersten Farben. Den weitaus größten Teil der Schuld daran glaubte er den Arbeitern aufbürden zu sollen, weil sie ihm nicht genug arbeiten. Da bin ich doch anderer Ansicht, und ich bin gewiß, daß noch viele tausende, insbesondere Arbeiter, mit mir diese Ansicht teilen. Der Arbeiter hat auch nach der Revolution seine Schuldigkeit vollauf getan und tut sie auch heute noch, wenn vielleicht auch nicht alle in dem Umfange, wie es hätte sein können; aber die Mehrzahl sicherlich. Die Arbeiter haben sich sogar bereit erklärt, wieder in Akkord zu arbeiten, um Deutschland in die Höhe zu bringen. Herr Stave verlangt trotzdem in seinem Artikel noch ganz harmlos Ueberstunden. Ich möchte Herrn Stave empfehlen, bei unserer gegenwärtigen Ernährung nur einmal ein Vierteljahr lang Ueberstunden zu machen, vielleicht käme er dann zu einer anderen Ansicht. Herr Stave verweist schließlich noch auf den lebhaften Verkehr in den Bummelstraßen in den Nachmittagsstunden. Nun, verheiratete Arbeiter befinden sich kaum unter diesen Straßenpassanten. Sie sind herzlich froh, wenn sie Arbeit haben; denn die paar Mark Unterstützung reichen nicht hin und her zum Leben.

H. O.

Von der Umwälzung vom 9. November 1918 scheint nur noch herzlich wenig übrig geblieben zu sein. Auch heute noch kann es vorkommen, daß man wie ein Hund von der Straße weggefangen wird. Am 6. Januar wollte ich mit meiner Frau zum Kohlenhändler gehen. Wir wurden aber unterwegs sistiert, weil ich einen leeren Rucksack bei mir trug, und aus irgend einem Anlaß dem Beamten verdächtig erschien, obschon die Feuerungskarten, die ich bei mir hate, leicht über die Veranlassung zu meinem Gange Auskunft geben konnten. An zwei Stunden wurde ich auf der Wache festgehalten. Der Erfolg war, daß ich ohne Kohlen blieb, abends kein warmes Zimmer hatte und auch mein Essen kalt verzehren mußte. Das gibt mir Veranlassung, an die zuständige Behörde die Bitte zu richten, ihre Beamten anzuweisen, bei Festnahmen etwas vorsichtiger zu verfahren und die Festgenommenen nicht so lange auf der Wache festzuhalten. E. B.

# Humor und Satire.

**Eine wahre Familiengeschichte.** Ein junger Handlungsgeißlse vom Rhein heiratete in Braunschweig die Witwe seines verstorbenen Prinzipals und glaubte damit das ganze Geschäft geheiratet zu haben. Nach der Hochzeit stellte sich aber heraus, daß der verstorbene Chef Vermögen und Geschäft seiner Tochter vermacht hatte. Glücklicherweise hatte diese Tochter, ein flottes und schon hinreichend erwachsenes Mädel, dem noch sehr rüstigen Vater des jungen Gatten der Mutter ausnehmend gefallen. Kurz entschlossen heiratete der Vater — er war Witwer — die Stieftochter seines Sohnes, und Geschäft und Geld blieben in der Familie. Vater und Sohn wurden Kompagnons. Der Sohn stellte nun dieser Tage einem Bekannten gegenüber die verwickelten Familienverhältnisse also dar: So wurde also durch die Heirat meines Vaters meine Frau die Schwiegermutter ihres Schwiegervaters, meine Stieftochter wurde meine Stiefmutter und die Schwiegermutter ihrer Mutter und mein Vater mein Schwiegersohn. Dann bekam meine Stiefmutter, die zugleich meine Stieftochter, einen Sohn. Er ist der Enkel meiner Frau, also auch mein Enkel oder vielmehr Stiefenkel. Zugleich ist aber auch der Sohn meines Vaters deshalb mein Bruder. Ich bin also der Großvater meines eigenen Bruders. Nach einiger Zeit bekam auch meine Frau einen Sohn. Er ist natürlich der Enkel meines Vaters, aber auch der Schwager meines Vaters. Als Bruder meiner Stiefmutter ist mein Sohn mein eigener Onkel. Ich bin also der Neffe meines Sohnes. Der Sohn meines Vaters, mein Bruder, ist der Onkel meines Sohnes; da ich der Neffe meines Vaters bin, ist er mein Großonkel; als Mann seiner Schwiegermutter bin ich aber auch sein Großvater, ich bin demnach der Großvater meines Großonkels. Meine Mutter ist die Großmutter ihres Großonkels und die Tante ihres eigenen Kindes. Der Teufel finde sich da noch aus.

(„Till Eulenspiegel", Braunschweig.)

# Eingegangene Druckschriften.

**Der Soldat in der deutschen Republik** von Alfred Peikert, Arbeitersekretär in Breslau. Preis 1,35 Mk. Priebatschs Verlagsbuchhandlung, Breslau.

**Das neue Landarbeiterrecht** von Rechtsanwalt Dr. S. Rosenfeld. (Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 9. — Preis 1,50 Mk.) Die Verordnung betr. eine vorläufige Landarbeiterordnung vom 24. Januar 1919 ist der Beginn einer völligen Umwälzung des Landarbeiterrechts. Diese Verordnung sowie alle auf den Dienstvertrag bezüglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches werden im Wortlaut mit ausführlichen Erklärungen in dieser Schrift wiedergegeben, die der langjährige Rechtsbeistand des deutschen Landarbeiterverbandes, bearbeitet hat. Das Buch wird ein willkommener und nützlicher Ratgeber für alle Landarbeiter, ihre Verbandsfunktionäre, wie auch für die landwirtschaftlichen Unternehmer selbst sein, besonders im Hinblick auf die in rascher Entwicklung begriffene Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande durch Tarifverträge usw. Die Schrift ist vom Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin SW., 48, Wilhelmstr. 9, wie auch von jeder Buchhandlung zum Preise von 1,50 Mk. zu beziehen.

# Kartoffeln.

I.

Vom **12. bis 18. Januar 1920** dürfen auf **Abschnitt 5 der roten Kartoffelkarte, Unterabschnitt 1—7, 5 Pfund Kartoffeln** entnommen und abgegeben werden.

II.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 10. Januar 1920. (1391

Das Landesversorgungsamt.
Abt. II. Städtische Kartoffelstelle.

# Höchstpreise für Kartoffeln.

Unter Aufhebung der in Ziffer 3 der Bekanntmachung vom 8. November 1919 festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln bestimmt das Landesversorgungsamt mit Wirkung vom 12. d. Mts. hierdurch:

I.

Der Preis für Kartoffeln, welche von lübeckischen Kartoffelhändlern bezogen werden beträgt 30 Pfennig für das Pfund, bezw. Mk. 29.— für den Zentner ab Lager des Händlers. Bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers erhöht sich der Zentnerpreis auf Mk. 30,—.

II.

Die Händler sind verpflichtet, diejenigen Mengen Kartoffeln, welche sie bei Inkrafttreten dieser Verordnung noch auf Lager haben, zu dem bisherigen Höchstpreise abzugeben.

III.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 10. Januar 1920. (1392

Das Landesversorgungsamt
Abt. II Städtische Kartoffelstelle.

# Ausgabe von Lübecker Kautabak.

In der Woche vom 12. bis 17. Januar werden Kautabakkarten der Reihe G, H, J, K, L, A nach dem folgenden Plan beliefert. Die einzelne Karte kann nur bei der angegebenen Verkaufsstelle vorgezeigt werden. Mit der Karte ist der Lebensmittelausweis des Inhabers vorzulegen.

Siems.
Reihe G 1—102 bei Jac. Frank, Siems.

Rückniß.
„ H 1—120 bei W. Nismann, Johs. Kirchplatz
„ „ 121—249 bei G. Schumann, Trav. Landstr.

Moisling.
„ J 1—120 bei D. Evers, Inh. A. Dahm
„ „ 121—242 bei Konsum-Verein

Travemünde.
„ K 751— 919 bei J. Rickmann, Kurgartenstr. 69/71
„ „ {920—1000 / 1— 72} bei Heinr. Grünhagen, Vorderreihe 25

Schlutup.
„ L 1—168 bei P. Wills, Lübecker Straße 77
„ „ 169—340 bei D. Liebenow, „ „ 17

Innere Stadt.
„ A 1— 200 bei Johs. Jabs, Schüsselbuden 11
„ „ 201— 400 bei H. Kelling, Engelswisch 12
„ „ 401— 600 bei H. Böcken, Untertrave 6
„ „ 601— 800 bei M. Schmidt, Gr. Altefähre
„ „ 801—1000 bei G. Schriewer, Schwöneckenquerstraße 13
„ „ 1001—1200 bei G. Schott, Untertrave 1
„ „ 1201—1400 bei F. Heine, Beckergrube 36
„ „ 1401—1600 bei G. Schloepke, Marlesgrube 43
„ „ 1601—1745 bei Johs. Breede, Dankwartsgr. 37

**Verkaufspreis Rolle 1.30 Mk.** Abschnitt 6 und 7.

Lübeck, den 9. Januar 1920. (1379

Das Landesversorgungsamt.

# Ausgabe von Brotkarten für Kinder unter einem Jahr.

1. Für die nächsten 8 Wochen, vom 10. Januar bis 5. März 1920 werden für Kinder unter einem Jahre Brotkarten über wöchentlich ein Pfund Brot oder 850 Gramm Mehl ausgegeben.

Das Alter der Kinder ist durch Geburtsschein, Taufschein, Impfschein oder sonstige Urkunden nachzuweisen.

Bei Stellung des Antrages ist der „Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln" vorzulegen und der Kopf der abgelaufenen Brotkarte zurückzugeben.

2. Wenn das Kind das erste Lebensjahr vollendet hat, sind die Brotkarten für die auf den Geburtstag folgende Zeit an die zuständige Ausgabestelle zurückzugeben. Nur gegen Rückgabe dieser Karten wird dem Kinde eine Hauptbrotkarte erteilt.

3. Die Karten werden **vom 12. Januar 1920 ab** während der üblichen Geschäftsstunden in den bisherigen Ausgabestellen ausgegeben.

4. Ein **Anspruch** auf Bewilligung der Karten besteht in keinem Falle.

5. Wer dem mit der Ausgabe der Brotkarten betrauten Beamten oder Angestellten des Landesversorgungsamts oder den Gemeindevorständen gegenüber unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 8. Januar 1920. (1347

**Das Landesversorgungsamt.**

# Ausgabe von Zusatzbrotkarten für schwangere Frauen.

1. Für die nächsten acht Wochen, vom 10. Januar bis 5. März 1920 werden für schwangere Frauen Zusatzbrotkarten über wöchentlich ein Pfund Brot oder 850 Gramm Mehl ausgegeben.

2. **Berechtigt zum Bezuge von Zusatzbrotkarten sind schwangere Frauen vom 5. Monat der Schwangerschaft ab, die hierüber eine Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme vorlegen.**

Bei Stellung des Antrages ist der „Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln" vorzulegen und der Kopf der abgelaufenen Brotkarte zurückzugeben.

3. Die Zusatzbrotkarten werden **vom 12. Januar 1920 ab** in den üblichen Geschäftsstunden in den bisherigen Ausgabestellen ausgegeben.

4. Ein **Anspruch** auf Bewilligung der Zusatzbrotkarte besteht in keinem Falle.

5. Wer unrichtige Bescheinigungen ausstellt oder unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 8. Januar 1920. (1348

**Das Landesversorgungsamt.**

# Ausgabe von verbilligten Koks.

1. Das Landesversorgungsamt ist in der Lage, bedürftigen Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung den auf die Brennstoffkarte F zu liefernden Koks zum verbilligten Preise von Mk. 4.25 für den Zentner abzugeben.

**Ausweise zum Bezuge von verbilligtem Koks können erhalten:**

a) Familien von Kriegsteilnehmern, die sich noch in Lazarettbehandlung befinden,

b) Angehörige von Kriegsgefangenen, die sich noch in Gefangenschaft befinden oder die nach dem 1. Januar 1920 aus der Gefangenschaft entlassen sind,

c) Kriegshinterbliebene, die von der Nationalstiftung laufend unterstützt werden und deren besondere Bedürftigkeit der Ortsausschuß der Nationalstiftung anerkennt,

d) Kriegsbeschädigte, deren besondere Bedürftigkeit der Landesausschuß für Kriegsbeschädigte anerkennt,

e) Familien mit mehr als 4 unterhaltungsbedürftigen Kindern, deren besondere Bedürftigkeit das Wohlfahrtsamt anerkennt,

f) Alters- und Invalidenrentenempfänger, sowie Personen, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung eine Unfallrente von 66⅔ und mehr beziehen oder mehr als 66⅔ erwerbsunfähig sind, soweit sie kein steuerpflichtiges Einkommen haben oder ein Einkommen von weniger als Mk. 2 000.— versteuern.

**2. Die Ausgabe der Bezugsausweise geschieht im Wohlfahrtsamt, Untertrave 104**

für die unter a und b genannten Personen (Angehörige von Kriegsteilnehmern und Kriegsgefangenen) . . . . . in Zimmer 36,
für die unter c genannten Personen (Kriegshinterbliebene) . . . . . in Zimmer 48,
für die unter d genannten Personen (Kriegsbeschädigte) . . . . . in Zimmer 13
für die unter e genannten Personen (kinderreiche Familien) . . . . . in Zimmer 38,
für die unter f genannten Personen (Rentenempfänger) . . . . . in Zimmer 48,

**und zwar für Personen, deren Familienname mit den Buchstaben**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| A—F | beginnt, | am Montag, | dem | 12. Januar | 1920, |
| G—J | „ | „ Dienstag, | „ | 13. | „ „ |
| K—H | „ | „ Mittwoch, | „ | 14. | „ „ |
| H—R | „ | „ Donnerstag, | „ | 15. | „ „ |
| S | „ | „ Freitag, | „ | 16. | „ „ |
| T—Z | „ | „ Sonnabend, | „ | 17. | „ „ |

**in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags.**

3. **Vorzulegen ist von allen Antragstellern der Lebensmittelausweis und die Brennstoffkarte F.**

Ferner von den Angehörigen von **Kriegsteilnehmern** und von **Kriegsgefangenen** die Unterstützungskarte,

**Kriegshinterbliebenen** die Unterstützungskarte oder der Rentenbescheid, sowie der Einkommensteuerzettel,

**Kriegsbeschädigten** und den **Familien mit mehr als 4 unterhaltsbedürftigen Kindern** der Einkommensteuerzettel,

**Alters-, Invaliden- und Unfallrentenempfängern** der Rentenbescheid und der Einkommensteuerzettel.

4. Die Beschlung des Koks erfolgt bei Ausgabe der Bezugsausweise.

**Das Geld ist deshalb abgezählt mitzubringen und zwar**

für 1 Zentner Mk. 4.25, für Haushalte mit Gas,
für 3 Zentner „ 12.75, „ „ ohne „

Lübeck, den 7. Januar 1920. (1350

**Das Wohlfahrtsamt.**

# Warenausgabe

## in der Woche vom 12. bis 18. Januar 1920.

**Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Butter: | Abschnitt | 112 | 30 Gramm Butter zum Preise von 39 Pfg. |
| Speisefett: | „ | 112 | 100 Gramm Margarine z. Preise von 1.10 Mk. |
| Zucker: | „ | 150—155 | je 125 Gramm Zucker bis z. 18. Januar 1920. |
| Mühlenfabrikate: | „ | 146 | 100 Gramm Nudeln z. Preise von 1.18 Mk. für 1 Pfd. |

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind diese Waren in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften entnommen werden.

**Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber in der Woche vom 12. bis 18. Januar 1920:**

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.
Halbe „ 65 Gramm Margarine
75 „ Zucker
50 „ Nudeln.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

**Auf Butterbezugsscheine:** ⅔ der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar drei Teile in Butter und drei Teile in Margarine.

Lübeck, den 10. Januar 1920. (1349

**Das Landesversorgungsamt.**

# Volkshochschule.

Der Unterricht beginnt planmäßig am **Montag, 12. Januar**. Folgende Lehrgänge fallen wegen ungenügender Meldungen aus. Den Einzeichnern wird empfohlen, dafür andere, z. B. die in Klammern angegebenen, zu belegen: 10 (7, 11), 19, 24, 25, 26 (27), 29, 31, 32, 40 und 41 (38 und 39), 52, 53, 58 (59), 60, 61, 65 (64), 66 (64), 72 (70), 73 (74), 80 (79), 81 (79), 83 (82), 84 (82), 88, 95, 96, 101 (102), 10 (104), 107, 108, 110, 113 (112), 116 (114), 121.

Der Gassperre wegen werden Unterrichtsstunden und Pausen um je 5 Minuten verkürzt. Die Frühschicht liege demnach von 5,30 bis 7,05, die Spätschicht von 7,15 bis 8,50.

Umschreibungen der Hörerausweise und Rückzahlung der Gebühren erfolgt vom 19. Januar an abends im Geschäftszimmer. Die Hörer der schwedischen Lehrgänge 117, 118 und 119 werden ersucht, sich zwecks Einteilung alle am Montag 7,15 einzufinden. Der Leiter:

1386) **Dr. A. Möbusz.**

Nach kurzem schweren Leiden entschlief sanft meine innigstgeliebte Frau

**Marie Schmedemann**

geb. Gideow

im 68. Lebensjahre. (1365

In tiefer Trauer

**Wilhelm Schmedemann.**

Lübeck, den 9. Januar 1920.
Kl. Gröpelgrube 28.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 14. Januar, vormittags 10½ Uhr in der Burgtor-Kapelle statt.

**Gelernte, zuverläss. Schiffszimmerleute und Bootsbauer**

für Fischereifahrzeuge und Luxusbootsbau zum sofortigen Antritt gesucht. Dauerstellung. Einstellung erfolgt auf Grund der Tarifbestimmungen zu günstigen Bedingungen. Unterkunftsmöglichkeit gesichert. Meldungen erbeten an **Pommern-Werft G. m. b. H., Swinemünde, Grüne Fläche.** (1342

# Der vierte Teilbetrag der Grundsteuer

für 1919/20 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 2. bis 10. Januar dieses Jahres bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (1344

Lübeck, d. 31. Dez. 1919.

**Die Steuerbehörde.**

# Wegen Mangels an Kupfermünzen

zum Wechseln werden die Steuerpflichtigen ersucht, die im Steueramt zu zahlenden Beträge abgezählt bereit zu halten. (1321

**Die Steuerbehörde.**

# Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für **Luxusgegenstände im Monat Dezember 1919** sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Januar 1920 schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer 7, kostenlos entnommen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden. (1343

Lübeck, den 2. Jan. 1920.

**Das Umsatzsteueramt.**

# Bekanntmachung.

Die Termine zur Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Lotsen für das Jahr 1920 werden wie folgt festgesetzt:

Freitag, den 27. Februar 1920
„ „ 28. Mai
„ „ 27. August
„ „ 26. November.

Die Bekanntgabe erfolgt außerdem jedesmal noch ungefähr 3 Wochen vor dem nächsten Prüfungstermin.

Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Beifügung eines kurz gefaßten Lebenslaufes und des Schifferpatentes spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin beim Wasserbauamt einzureichen. (1366

Zugelassen werden nur Reichsdeutsche, die das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsantrage als angestellte Schiffsführer mindestens 3mal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Beistande eines Lotsen befahren haben.

**Die Baubehörde.**

# Prima-Wechsel

**in Block.**

Zu beziehen

**Friedr. Meyer & Co.,**
Johannisstraße 46.

# D. T. V.

**Vorstandssitzung** 1381

**Montag, den 12. Januar,** abends 7 Uhr im Bureau.

# Sitzung

**der Gewerkschaftshaus- u. Kartell-Kommission**

**am Montag, 12. Januar abends 6 Uhr** (1383

**im Gewerkschaftshaus**

**Johannisstr. 50—52.**

**Hochbautechniker** für Bureau und Baustelle **zu sofort gesucht.** (1387

Bewerbungen m. Gehaltsanspr., Zeugnisabschriften u. Skizzen sind z. richten an **Ernst Scharnweber**, Archit., Lübeck, Königstraße 81.

Herr sucht möbl. Zim. Ang. u. S W a. d. Exped.

Zu verkaufen 2 kleine eis. Oefen. (1356 **M. Wrlogers**, Moisling.

Guterhaltener **Kinderklappwagen** zu verkaufen. 1367) Rosenpforte 1.

Zu verkaufen eine **Pelzgarnitur.** (1378 Kupferschmiedestr. 11, II.

Zu verk. eine Zither mit Noten u. e. Aquarium mit Ständ., Burg u. Wasserk. 1355) Klappenstr. 31 II.

E. guterh. Hobelbank u. Nähmaschine zu kauf. gef. Ang. m. Preisang. u. M K a. d. Exp. d. Bl. (1352

Verl. a. 9. 1. 1 Portem. v. d. Polizeik. b. z. Börsenh. Inh. Hundezeich. m. Quitt. a. 10 Mk. Bitte Abzug. 1375) Ludwigstr. 84 pt.

Empfehle mich zum Wein- und Baumschnitt. 1358) **Weidemann.** Sadowastraße 31.

**Aerztl. Sonntagsdienst** (1359 **Dr. Pühmeyer**, Marlistr. 13. **Dr. Eschenburg**, Hüxstr. 33 **Ad Christern** Fackenb. Allee 13

# Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum sowie Freunden und Gönnern zur Kenntnis, daß ich

**Drögestraße 12a,**
**Ecke Warendorpstraße**

ein

**Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Geschäft**

eröffne. (1364

**Delikatessen. Johs. Greve.**

**Wie schütze ich mich vor der Preissteigerung?**

Wenn Sie jetzt Ihr **Kostüm, Mantel, Anzug** oder **Paletot** in **Bestellung** geben, fertige ich Ihnen diese Sachen zu **äußerst billigen Preisen** an bei guter Verarbeitung und Sitz. Gehe nicht mit der Preissteigerung. Hochachtungsvoll

1374) **H. Bolte**, Braunstr. 24

# Das kommunistische Manifest

**50 Pfg.**

**Buchh. Fr. Meyer & Co.**
Johannisstr. 46.

**Johannisstr. 25**

# Zentral-Theater

**Moderne Lichtspiele**

Das neueste, modernste und bequemste Lichtspiel am Platze

**Johannisstr. 25**

**früher Monopol**

bringt nur künstlerisch hochwertige und äußerst interessante Bilder. 1372

**Beachten Sie unsere Spezial-Inserate.**

# Lübecker Wohlfahrtsspende.

## Bis zum 8. Januar 1920 wurden uns gegeben: 44 027,65 Mk.

Es gaben: Otto Maaß, Bahnhof. Oscar Mielentz. Brückenbau Flendor. Hans Wilken. Ewers & Miesner. G. Schönenberger Nachf. Gustav Lappe & Co. Felix Grabe. Fledermaus. Arbeiter Hintze & Stech. Adolf Rose. August Jensen. Engel & Mitterhusen. Lübecker Transporto A.-G. Johannes Köpff. Gebr. Wasserstradt. Hansa-Theater (O. Hübner). Karl Tesdorpf. Spille & v. Lühmann. A. Johannsen. Ch. Alwert. H. Hornbogen. Gebr. Borchers. J. W. Nisel. Frau J. Rittscher. August Hahn. Frl. Auguste Maider. Bürgermeister Joh. H. Eschenburg. Havemann & Sohn. Senator H. Evers. H. C. Koch. Wilh. A. C. Wessel. Senator Dr. Vermehren. Joachim Frank. Dr. med. Thiede. Heinrich Rosenquist. Lubecawerke. Franz Toll. Johann Schwabroch. Meyer & Co. Lübecker Konserventabrik. Eduard Beckmann. Dr. med. Wiese. Hochofenwerk. Heinrich Happach und Carl Behrens (Gebr. Müller). Gertrud Matthiesen. Centrale für private Fürsorge. Arbeiter vom Hobelwerk. Schulfürsorge. Arbeiter der Firma Schacht & Co. Dr. Schmitz-Dumont. Karl Köhncke und Frau. Haase-Lampe. Zahnarzt Rothschild. Frau Bierkamp. Fischerverein Schlutup. Dampfschiffreederei Horn. Julius Appel Kühlhaus A.-G. Dimpfer & Sommer. Wolfgang Gaedertz & Co. Nachfwy & Co. Aug. Fischer i. Fa. Clara Oehlrich. Bankdirektor Martens. Carl Reuter, Hohenzollernstraße. A. C. Schacht & Co. E. Gerber. Johann Stüve. Zahnarzt Meyer-Tranbjerg. O. W. Techtmeyer. August Scheere. Dr. G. Reimann. G. Schwarzkopf. Senator Dr. Neumann. Gesamthaus Possehl. Angestellte der Fa. Possehl, Abt. Eisen & Stahl. Ed. Halle jun. Ed. Halle sen. G. Halle. Ed. Fürgens. Maria Wallroth. J. C. Wessel. Generaldirektor Dr. Neumark. Johs. C. Kahns. Senator Kulenkamp. Charles Coleman. Ernst Boie. Lübecker Privatbank. Generalmajor Sydow. Max Schmidt. C. F. Alm. Prina & Reuter. H. F. Schultz. Arnold Berg. Bielefeld, Cronsforder Allee. Ungenannt. Adolf Falk. Standesamt. Concordia, Kaufm. Verein. Lorenz Harms Söhne. Gebr. Borchers. A. A. Ungenannt. F. v. M. Bißmann. Frl. Harländer. Geschw. Beth. Schwartauer Allee. Hugo Becker. Frau M. Pabst. Angestelltenausschuß der Fa. H. & J. Brügger. Arbeiterausschuß der Brauerei Lück. Wilhelm Hohenschildt. Ungenannt R. Genossenschafts-Bäckerei. Dr. O. Dorina. Weitere Gaben erbeten an alle Banken und an die Geschäftsstelle Königstr. 19 (Fernruf 8744). (1378

# Möbel

**Schlafzimmer, Eßzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen,** sowie **sämtliche Einzel-Möbel** zu bekannt billigen Preisen.

**Vereinigte Möbelkaufhäuser,**

**Königstraße Nr. 73 (Ecke Hüxstraße)**
**Fernsprecher 641.** 1338

# Mütter!

**Holl. Kindernährmehl (Hafer-Präparat)**

**darf in keinem Haushalt fehlen!** (1351

Verkaufsstellen werden nachgewiesen vom Generalvertreter **Johann (Hans) Wilms, Großhandlung von Lebens- und Genußmitteln.** Fernsprecher 8656.

# Die Meggendorfer-Blätter

**sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie**

**Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 5.—, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag Mk. 6.—, durch ein Postamt Mk. 5.25.**

**Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 1.20 kostet. Gegen weitere 30 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.**